



Bedingungen für den Netzzugang zu Verteilerleitungen

(Allgemeine Verteilernetzbedingungen)

Marktregeln Gas
2012

Musterfassung für Einreichung

ENTWURF

Übersicht

I.	Gegenstand	3
II.	Begriffsbestimmungen.....	4
III.	Antrag auf Netzzugang und Abschluss des Netzzugangsvertrages.....	4
IV.	Anschluss an das Verteilernetz und Kapazitätsänderung (Netzzutritt).....	5
V.	Besondere Bestimmungen für den Hausanschluss	6
VI.	Druckregeleinrichtungen	8
VII.	Gastechnische Anlage ab dem Ende der Anschlussleitung.....	8
VIII.	Betrieb der gastechnischen Anlage ab dem Ende der Anschlussleitung; Zutrittsrecht	9
IX.	Vorgangsweise bei der Meldung technischer Gebrechen und Störfällen sowie deren Behebung	10
X.	Netzdienstleistungen.....	10
XI.	Einspeisung und Entnahme.....	12
XII.	Messung	12
XIII.	Lastprofil	17
XIV.	Wechsel des Versorgers oder der Bilanzgruppe und Neuanmeldungsprozess.....	17
XV.	Qualität der Netzdienstleistung.....	18
XVI.	Informationspflichten zum Betrieb	19
XVII.	Datenschutz und Geheimhaltung	20
XVIII.	Übermittlung und Verwaltung von Daten	21
XIX.	Systemnutzungsentgelt.....	23
XX.	Rechnungslegung	23
XXI.	Zahlung und Verzug.....	25
XXII.	Abschlagszahlungen (Teilbetragsvorschreibungen)	26
XXIII.	Vorauszahlung und Sicherheitsleistung.....	27
XXIV.	Mess- und Berechnungsfehler.....	27
XXV.	Vertragsdauer	28
XXVI.	Ordentliche Kündigung bei unbefristeten Netzzugangsverträgen	29
XXVII.	Auflösung aus wichtigem Grund.....	29
XXVIII.	Aussetzung der Vertragsabwicklung, Abschaltung	30
XXIX.	Änderung der Verhältnisse und der Allgemeinen Verteilernetzbedingungen	32
XXX.	Teilunwirksamkeit, Höhere Gewalt	32
XXXI.	Rechtsnachfolge	33
XXXII.	Haftung, Schad- und Klagloshaltung	33
XXXIII.	Vertragsstrafe.....	34
XXXIV.	Gerichtsstand.....	35
XXXV.	Sonstige Bestimmungen	36

Anhang 1: Begriffsbestimmungen

Anhang 2: Technische Mindestanforderungen für Anschlussleitungen (unternehmensspezifisch)

I. Gegenstand

- (1) Die Allgemeinen Verteilernetzbedingungen (AB VN) regeln das den Netzzugang betreffende Rechtsverhältnis zwischen dem Verteilernetzbetreiber und dem Netzbenutzer und bilden einen integrierenden Bestandteil des Netzzugangsvertrags. Der Netzzugang umfasst
 - a) den Netzzutritt (erstmaliger Anschluss oder Kapazitätsänderung); und
 - b) die Netznutzung (Inanspruchnahme von Netzdienstleistungen; Einspeisung von Erdgas in das Netz, Entnahme von Erdgas aus dem Netz).
- (2) Die Allgemeinen Verteilernetzbedingungen enthalten die gegenseitigen Rechte und Pflichten der Vertragspartner, auch im Zusammenhang mit dem Netzzugang zu den dem Verteilernetz vorgelagerten Leitungen und im Falle eines Antrags auf Kapazitätserweiterung durch den Netzbenutzer.
- (3) Der Verteilernetzbetreiber verpflichtet sich im Netzzugangsvertrag, dem Netzbenutzer gemäß diesen Allgemeinen Verteilernetzbedingungen, den Regeln der Technik, den jeweils geltenden Systemnutzungsentgelten und allfälliger gesetzlich zulässiger Zuschläge sowie unter Beachtung der jeweils geltenden gesetzlichen Bestimmungen, der auf Basis des Gaswirtschaftsgesetzes GWG 2011 erlassenen Verordnungen sowie der Sonstigen Marktregeln den Netzzugang zu gewähren. Alle genannten Rechtsgrundlagen, einschließlich der jeweils geltenden Systemnutzungsentgelte, sind auf der Homepage der Regulierungsbehörde (<http://www.e-control.at/de/recht>) veröffentlicht.
- (4) Der Netzbetreiber hat die Regeln der Technik zur Sicherstellung eines sicheren und zuverlässigen Gasnetzbetriebes iSd § 133 iVm § 7 Z 53 GWG 2011 einzuhalten und hiermit für die technische Sicherheit und Zuverlässigkeit des Verteilernetzes zu sorgen, die von ihm betriebenen Anlagen sicher, zuverlässig und leistungsfähig zu betreiben, zu erhalten, für die nachhaltige Nutzung optimal zu dimensionieren bzw. auszubauen sowie für die Bereitstellung aller unentbehrlichen Hilfsdienste zu sorgen.
- (5) Der Netzbetreiber hat überdies gemäß den Bestimmungen des GWG 2011 und den darauf basierenden Verordnungen die erforderlichen Daten zu ermitteln, evident zu halten und anderen Marktteilnehmern zu übermitteln, wobei wirtschaftlich sensible Informationen vertraulich zu behandeln sind.
- (6) Der Netzbenutzer verpflichtet sich, den Netzzugang nur gemäß den in Ziffer 3 genannten Bestimmungen in Anspruch zu nehmen und die Systemnutzungsentgelte gemäß Punkt XIX zu bezahlen.
- (7) Informationsübermittlungen der Netzbenutzer über Anlagen des Netzbetreibers bedürfen der gesonderten Vereinbarung.

II. Begriffsbestimmungen

- (1) Die in den Allgemeinen Verteilernetzbedingungen verwendeten Begriffe sind den Sonstigen Marktregeln, Kapitel 1, zu entnehmen.

III. Antrag auf Netzzugang und Abschluss des Netzzugangsvertrages

- (1) Netzzugangsberechtigte, die Netzzugang begehren, haben an den Netzbetreiber, an dessen Verteilernetz die gastechnische Anlage angeschlossen ist, einen Antrag auf Netzzugang zu stellen. Grundlage für den Antrag auf Netzzugang sind die Allgemeinen Verteilernetzbedingungen. Im Übrigen gilt die Verordnung gemäß § 41 GWG 2011 (Gas-Marktmodell-Verordnung 2012).
- (2) Der Netzbetreiber hat Netzzugangsberechtigte vor Vertragsabschluss über die wesentlichen Inhalte der Allgemeinen Bedingungen zu informieren. Zu diesem Zweck ist dem Netzbenutzer ein Informationsblatt auszuhändigen. Der Netzbetreiber hat Netzbenutzern transparente Informationen über geltende Preise und Entgelte zu gewähren. Die im Anhang I der Richtlinie 2009/73/EG festgelegten Maßnahmen zum Schutz der Kunden sind einzuhalten. Die Allgemeinen Netzbedingungen sind dem Netzzugangsberechtigten auf Verlangen auszufolgen.
- (3) Der Verteilernetzbetreiber ist verpflichtet, auf vollständige Anträge auf Netzzugang innerhalb angemessener, vierzehn Tage nicht überschreitender, Frist ab Einlangen mit einem konkreten Vorschlag betreffend die weitere Vorgehensweise – insbesondere unter Angabe einer Ansprechperson und der voraussichtlichen Dauer der Herstellung des Netzzugangs – zu antworten. Bei Vorliegen der den Mindestangaben gemäß Anlage 1 der Gas-Marktmodell-Verordnung 2012 entsprechenden Informationen, ist der Antrag als vollständig zu betrachten.
- (4) Sollten die Angaben des Antragstellers für die Beantwortung durch den Verteilernetzbetreiber nicht ausreichen, hat dieser die benötigten weiteren Angaben umgehend vom Netzzugangsberechtigten anzufordern.
- (5) Nach Annahme des Antrages auf Netzzugang durch den Verteilernetzbetreiber hat dieser den Netzzugangsvertrag umgehend dem Netzzugangsberechtigten zu übermitteln.
- (6) Bei inaktivem Anschluss und Vorlage eines Netzzugangsvertrages sowie eines Nachweises über die ordnungsgemäße Errichtung und Instandhaltung der gastechnischen Anlage sind der Einbau eines Gaszählers und die Zuweisung eines standardisierten Lastprofils innerhalb der folgenden Fristen vorzunehmen:

- (a) fünf Arbeitstage für Balgengaszähler G 2,5 – G 6
- (b) zehn Arbeitstage für sonstige Balgengaszähler
- (c) zwanzig Arbeitstage für Lastprofilzähler und Mengenumwerter

Ersetzt eine Zählung mittels intelligenten Messgeräts eine der in lit. (a) bis (c) genannten Messleistungen, so kommen die entsprechenden Fristen zur Anwendung.

- (7) Eine Ablehnung des Netzzugangsantrags ist schriftlich zu begründen. Wird dem Netzzugangsberechtigten vom Netzbetreiber der Netzzugang gemäß § 33 Abs. 1 Z 2 GWG 2011 verweigert, kann der Netzzugangsberechtigte einen Antrag auf Kapazitätserweiterung beim Netzbetreiber einbringen. Im Übrigen gilt die Gas-Marktmodell-Verordnung 2012.

IV. Anschluss an das Verteilernetz und Kapazitätsänderung (Netzzutritt)

- (1) Der Netzzutrittswerber oder ein Bevollmächtigter hat die erstmalige Herstellung oder die Änderung des Netzanschlusses beim Netzbetreiber zu beantragen. Der Netzbetreiber ist für die betriebsbereite Erstellung der Anschlussleitung vom Netzanschlusspunkt bis zum Einspeisepunkt oder Ende des Verteilernetzes verantwortlich. Mit dem Antrag auf Netzzutritt anerkennt der Netzzutrittswerber die Allgemeinen Verteilernetzbedingungen. Im Übrigen gilt die Gas-Marktmodell-Verordnung 2012.
- (2) Bei Neuanlagen (Versorgungsleitung in unmittelbarer Nähe) sind für Haushalts- und Gewerbekunden zumindest die folgenden Schritte zu setzen:
 - Netzzugangsantrag einschließlich Netzzutrittsantrag nach AB VN;
 - Projektierung mit Kostenermittlung;
 - Einreichung für Grabarbeiten bei MA oder Gemeinde;
 - Ausschreibung/Vergabe des Projekts oder Herstellung durch Eigenpersonal;
 - Vorlage diverser Dokumente zur Kundenanlage beim Netzbetreiber, wie beispielsweise Druckprobe und Kaminbefund
 - Montage der Messeinrichtung(en).
- (3) Von Antrag auf Netzzutritt bis zur Montage des Gaszählers kann ein Zeitraum von ca. 3 Monaten, abhängig von der Erteilung einer Bewilligung der jeweiligen Behörde (in der Bausaison - im Winter nur bedingt Außenarbeiten möglich), veranschlagt werden.
- (4) Im Falle von zusätzlich erforderlichen Genehmigungen zur Querung von Bundesstrassen, Schienen, Gewässern etc. kann sich die Zeit bis zur Montage des Gaszählers zusätzlich verlängern.
- (5) Im Falle einer Verminderung oder Erhöhung von Kapazitäten hat der Netzbenutzer sowohl seinen Versorger als auch den Netzbetreiber darüber zu informieren, dass er

über seine derzeitige Anlage in Zukunft höhere oder geringere Kapazitäten (Änderung des Netzzugangsvertrages) nutzen wird.

- (8) Der Verteilernetzbetreiber übermittelt dem Netzbenutzer auf entsprechende Anfrage innerhalb von vierzehn Tagen ab Einlangen einen, für den definierten Leistungsumfang verbindlichen, Kostenvoranschlag für das vom Netzbenutzer zu entrichtende Netzzutrittsentgelt auf Basis von Preisen je Leistungseinheit. Der Kostenvoranschlag hat – außer im Falle einer Pauschalierung gemäß § 75 Abs. 2 GWG 2011 – die wesentlichen Komponenten des zu entrichtenden Netzzutrittsentgeltes auszuweisen.
- (9) Der Verteilernetzbetreiber ist verpflichtet, auf vollständige Anträge auf Netzzutritt innerhalb angemessener, vierzehn Tage nicht überschreitender, Frist ab Einlangen mit einem konkreten Vorschlag betreffend die weitere Vorgehensweise – insbesondere unter Angabe einer Ansprechperson und der voraussichtlichen Dauer der Herstellung oder Änderung des Netzanschlusses – zu reagieren. Bei Vorliegen der den Mindestangaben gemäß Anlage 1 der Gas-Marktmodell-Verordnung 2012 entsprechenden Informationen, ist der Antrag als vollständig zu betrachten.
- (10) Sollten die Angaben des Antragstellers für die Beantwortung durch den Verteilernetzbetreiber nicht ausreichen, hat dieser die benötigten weiteren Angaben umgehend vom Netzbenutzer anzufordern.
- (11) Der Verteilernetzbetreiber hat mit dem Netzbenutzer eine angemessene und verbindliche Frist für die Durchführung des Netzzutritts schriftlich zu vereinbaren und einzuhalten

V. Besondere Bestimmungen für den Hausanschluss

- (1) Der Netzbenutzer hat alle baulichen Voraussetzungen für die vorschriftsmäßige Errichtung des Hausanschlusses zu schaffen. Er hat für die Hauptabsperreinrichtung einen geeigneten Platz – in Übereinstimmung mit den (auch den Regeln der Technik entsprechenden) sicherheitstechnischen Richtlinien und landesgesetzlichen Bestimmungen, mangels einer solchen Regelung an der Grundstücksgrenze – kostenlos zur Verfügung zu stellen.
- (2) Der Netzbenutzer darf keine Eingriffe in die Installation des Hausanschlusses und in die sonstigen Einrichtungen des Netzbetreibers vornehmen. Die Hausanschlüsse müssen vor Beschädigung geschützt und zugänglich sein. Der Netzbenutzer hat jede Beschädigung oder Undichtheit des Hausanschlusses oder der Absperreinrichtungen dem Netzbetreiber sofort mitzuteilen, sobald er diese erkennt oder soweit diese im Rahmen der gewöhnlichen Sorgfaltspflicht für den Netzbenutzer erkennbar sind. Wurden im Bereich der Anschlussleitung oder Gasanlage (z.B. Hauptabsperreinrichtung, Zähler, Druckregeleinrichtung) Veränderungen durch den Netzbenutzer vorgenommen (z.B. Überbauung oder Unzugänglichkeit der Hauptabsperreinrichtung), so ist der Netzbetreiber berechtigt, die vorschriftsmäßige Ausführung auf Kosten des Netzbenutzers herzustellen.

-
- (3) Das Recht der Grundstücksbenutzung gemäß Ziffer (4) und (5) ist beschränkt
- (a) auf Erdgasleitungen und Druckregeleinrichtungen, aus welcher die Anlage des Netzbenutzers zumindest aushilfsweise mit Erdgas versorgt werden kann;
 - (b) auf Erdgasleitungen und Druckregeleinrichtungen, durch die der Wert der betroffenen Grundstücke infolge der Möglichkeit einer wirtschaftlich vorteilhaften Erdgasversorgung erhöht wird.
- (4) Wenn die Anschlussleitung auf fremden Grundstücken hergestellt werden soll, kann der Netzbetreiber verlangen, dass der Netzbenutzer eine schriftliche Zustimmung des Grundstückseigentümers beibringt, in der sich dieser mit der Herstellung und dem Betrieb (inklusive Gestattung und Einräumung der Dienstbarkeit gemäß Ziffer (5) und Zutritt gemäß Ziffer (6)) der Anlagen einverstanden erklärt und die Allgemeinen Verteilernetzbedingungen anerkennt. Der Netzbetreiber kann von der Vorlage der Zustimmung vorläufig Abstand nehmen, wenn dem Netzbetreiber bescheinigt wird, dass der Grundeigentümer seine Zustimmung dem Netzbenutzer gegenüber verweigert, obgleich dieser aufgrund anderer vertraglicher Vereinbarungen zu einer solchen Zustimmung verpflichtet ist. In diesem Fall muss der Netzbenutzer für etwaige Nachteile des Netzbetreibers aus dem endgültigen Ausbleiben der Zustimmung die Haftung übernehmen und auf Verlangen des Netzbetreibers eine angemessene Sicherheit leisten.
- (5) Der Netzbenutzer gestattet ohne besonderes Entgelt die Verlegung von Rohrleitungen und den Einbau bzw. die Aufstellung von gastechnischen Anlagen zum Zweck der Zu- und Fortleitung von Erdgas über bzw. auf den durch die Erdgasversorgung betroffenen Grundstücken. Der Netzbenutzer räumt auf Wunsch dem Netzbetreiber unentgeltlich die zur Sicherstellung der Anlagen und Rohrleitungen erforderlichen Dienstbarkeiten ein.
- (6) Der Netzbenutzer ist verpflichtet, dem Netzbetreiber den Zutritt oder die Zufahrt zu den Anlagen des Netzbetreibers auf dem Grundstück des Netzbenutzers sowie Arbeiten auf diesem nach vorheriger Ankündigung – zumindest aber fünf Arbeitstage im Voraus – zu gestatten, soweit dies für die ordnungsgemäße Ausübung seiner Pflicht oder zur Abwendung von Gefahren erforderlich ist. Im Einvernehmen ist der Zutritt zu den gastechnischen Anlagen jederzeit möglich. Bei Gefahr in Verzug ist der Netzbetreiber von seiner Pflicht zur vorherigen Ankündigung befreit.
- (7) Im Rahmen der Grundbenützung hat der Netzbenutzer auf seinem Grundstück zuzulassen,
- (a) dass Leitungen verlegt bzw. erneuert werden;
 - (b) dass Armaturen und Zubehör angebracht werden;
 - (c) dass Maßnahmen getroffen werden, die für den Bestand und Betrieb dieser Einrichtungen erforderlich sind (z.B. Freihaltung der Erdgasleitungstrasse von Bäumen, Vermessung).

VI. Druckregeleinrichtungen

- (1) Der Netzbetreiber bestimmt, ob für den Anschluss der gastechischen Anlagen ab dem Ende des Netzes der Einbau
 - (a) eines Hausdruck- bzw. eines Zählerreglers oder
 - (b) einer sonstigen Druckregeleinrichtungnotwendig ist. Der Netzbetreiber kann verlangen, dass der Netzbenutzer dafür einen geeigneten Platz oder Raum kostenlos zur Verfügung stellt.
- (2) Der Netzbenutzer trägt die Kosten für die Errichtung der Druckregeleinrichtungen und für deren Austausch, wenn dies durch die Änderung seiner Anlage oder eine Erhöhung seines Versorgungsumfanges erforderlich wird.
- (3) Hausdruckregler und Zählerregler sind Eigentum des Netzbetreibers und werden während der Vertragsdauer von diesem und auf dessen Kosten instand gehalten. Die ordnungsgemäße Instandhaltung von sonstigen Druckregeleinrichtungen, die nicht im Eigentum des Netzbetreibers stehen, ist vom Netzbenutzer sicherzustellen.
- (4) Der Netzbenutzer hat jede Beschädigung oder Undichtheit des Hausdruckreglers oder Zählerreglers dem Netzbetreiber unverzüglich mitzuteilen, sobald er diese erkennt oder soweit diese im Rahmen der gewöhnlichen Sorgfaltspflicht für den Netzbenutzer erkennbar sind.
- (5) Soll eine nicht im Eigentum des Netzbetreibers stehende Druckregeleinrichtung auch für die örtliche Versorgung benutzt werden, muss zwischen dem Netzbenutzer und Netzbetreiber das Einvernehmen hergestellt werden.

VII. Gastechische Anlage ab dem Ende der Anschlussleitung

- (1) Der Netzbenutzer hat die ordnungsgemäße Errichtung und Instandhaltung der gastechischen Anlage ab dem Ende der Anschlussleitung sicherzustellen¹. Dies bezieht sich sowohl auf Anlagen vor dem Einspeisepunkt als auch auf solche nach dem Entnahmepunkt. Ausgenommen sind die im Eigentum des Netzbetreibers stehenden Einrichtungen.
- (2) Bei der Errichtung und Instandhaltung der gastechischen Anlage ab dem Ende der Anschlussleitung einschließlich der zu verwendenden Materialien und Geräte sind die geltenden Vorschriften und die Regeln der Technik zu beachten.

¹ Den Verteilernetzbetreibern wird empfohlen, folgende Information in ihre Allgemeinen Verteilernetzbedingungen aufzunehmen: „*Informationen über die Voraussetzungen zur ordnungsgemäße Errichtung und Instandhaltung der gastechischen Anlage ab dem Ende der Anschlussleitung erhält der Netzbenutzer beim Installateur und/oder Rauchfangkehrer*“.

- (3) Die Freigabe der Erdgaszufuhr erfolgt durch den Netzbetreiber und setzt den Nachweis voraus, dass die gastechnische Anlage ab dem Ende der Anschlussleitung nach den jeweils anzuwendenden gesetzlichen Vorschriften ordnungsgemäß errichtet wurde und betriebsbereit ist. Die für die Freigabe der Erdgaszufuhr notwendigen Aufwendungen im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften trägt der Netzbenutzer.
- (4) Der Netzbetreiber behält sich vor, die an sein Verteilernetz angeschlossene gastechnische Anlage des Netzbenutzers zu prüfen. Der Netzbetreiber hat den Netzbenutzer auf festgestellte Sicherheitsmängel aufmerksam zu machen und kann die Beseitigung von Mängeln verlangen. Wenn Sicherheitsmängel vorliegen, ist der Netzbetreiber nicht zur Freigabe der Erdgaszufuhr verpflichtet.
- (5) Der Netzbetreiber ist berechtigt, im Fall von Vertragsverletzungen unter den Voraussetzungen des § 127 Abs. 3 GWG 2011 die gastechnische Anlage ab dem Ende der Anschlussleitung oder Teile hiervon absperren und plombieren; dabei gilt die in Punkt XXVIII vorgesehene Regelung.
- (6) Erweiterungen oder Änderungen der gastechnischen Anlage ab dem Ende der Anschlussleitung sind dem Netzbetreiber rechtzeitig mitzuteilen. Hierfür gelten die Absätze (1) bis (4) sinngemäß. Die Änderung des Anschlusswertes bedarf eines Antrages gemäß Punkt IV. Ein solcher Antrag kann bei Gasanlagen mit einem Anschlusswert von $\leq 10 \text{ m}^3/\text{h}$ entfallen, wenn nicht gleichzeitig eine Installation eines größeren Gaszählers erforderlich ist. Unterbleibt eine nach dieser Ziffer erforderliche Mitteilung, dann erfolgt damit eine unbefugte Inanspruchnahme von Netzdienstleistungen mit den in Punkt XXVIII vorgesehenen Folgen.

VIII. Betrieb der gastechnischen Anlage ab dem Ende der Anschlussleitung; Zutrittsrecht

- (1) Jeder Vertragspartner hat die zu seinen Betriebsanlagen gehörenden gastechnischen Anlagen, baulichen und sonstigen Teile entsprechend den geltenden gesetzlichen Vorgaben und Regeln der Technik auf seine Kosten zu betreiben und instand zu halten.
- (2) Der Netzbenutzer hat sicherzustellen, dass die gastechnische Anlage ab dem Ende der Anschlussleitung so betrieben wird, dass Störungen anderer gastechnischer Anlagen und störende Rückwirkungen auf Einrichtungen des Netzbetreibers ausgeschlossen sind.
- (3) Der Netzbenutzer hat dem Netzbetreiber den Zutritt zu den Einrichtungen des Netzbetreibers sowie zu der an das Verteilernetz angeschlossenen gastechnischen Anlage nach vorheriger Ankündigung – es sei denn, es ist Gefahr in Verzug – zu ermöglichen, damit der Netzbetreiber die Rechte und Pflichten aus dem Netzzugangsvertrag wahrnehmen kann. Dazu zählen beispielsweise

- (a) die Ablesung der Messeinrichtungen;
- (b) die Instandhaltung der Einrichtungen des Netzbetreibers;
- (c) die Erfassung und Überprüfung der technischen Einrichtungen;
- (d) bei einschränkbaren Netzzugangsverträgen die Sicherung der Einschränkung der Netznutzung gemäß der Veranlassung des Verteilergebietsmanagers.

Die Vertreter des Netzbetreibers haben sich auszuweisen, wenn der Netzbenutzer es verlangt.

IX. Vorgangsweise bei der Meldung technischer Gebrechen und Störfällen sowie deren Behebung

- (1) Die österreichweite Gasnotrufnummer „128“ ist standardmäßig vom Netzbetreiber auf allen an den Netzbenutzer gerichteten Schriftstücken sowie auf der Startseite der Internetpräsenz des Netzbetreibers deutlich sichtbar zu veröffentlichen.
- (2) Der Netzbetreiber hat dem Netzbenutzer regelmäßig Informationen zu Verhaltensregeln bei Gasgeruch und in Bezug auf die Gasnotrufnummer zu übermitteln sowie auf der Internetpräsenz des Netzbetreibers übersichtlich und leicht auffindbar zur Verfügung zu stellen.
- (3) Bei Auftreten eines Störfalles, welcher zu einer Beeinträchtigung der Versorgung beziehungsweise der Einspeisemöglichkeit führt, ist vom Netzbetreiber unverzüglich mit der Behandlung zu beginnen, sind die unbedingt erforderlichen Arbeiten ehest möglich zu beenden und die betroffenen Netzbenutzer über die voraussichtliche oder tatsächliche Dauer des Störfalles in geeigneter Weise zu informieren.
- (4) Für die Behebung im Netz des Netzbetreibers auftretender Störfälle und für Maßnahmen zur Beseitigung von Gefahren in gastechnischen Anlagen im Rahmen seiner gesetzlichen Verpflichtungen hat der Netzbetreiber einen 24-Stunden Notdienst sicherzustellen, der im Störfall Maßnahmen zur Gefahrenabwehr bzw. zur Wiederaufnahme der Versorgung einleitet. Die rasche und effiziente Behebung von Störungen und Gebrechen ist vom Netzbetreiber auf Antrag des von der Störung oder dem Gebrechen unmittelbar betroffenen Netzbenutzers oder der Regulierungsbehörde nachzuweisen.

X. Netzdienstleistungen

- (1) Der Netzbetreiber verpflichtet sich, Erdgas bis zur maximal vereinbarten Transportkapazität am Einspeisepunkt seines Verteilernetzes zu übernehmen und am Ausspeisepunkt bereitzustellen. Die Feststellung von Volumen und Brennwert

(gemäß DIN EN ISO 6976 oder 13686 Erdgas) zur Verrechnung der Systemnutzungsentgelte erfolgt entsprechend den Methoden gemäß den Regeln der Technik auf Basis der vom Verteilergiebtsmanager jeweils ermittelten Brennwerte.

- (2) Zu den vom Netzbetreiber zu erbringenden Netzdienstleistungen zählen insbesondere die Steuerung des Gasflusses, die Erstellung von Erdgasbilanzen, den Ausgleich von Messdifferenzen und den Eigenverbrauch sowie die Bereitstellung von Regelenergie. Der Netzbetreiber ist nicht verpflichtet, die Einhaltung der Fahrpläne des Netzbenutzers kontinuierlich zu überwachen.
- (3) Der Netzbetreiber stellt die Odorierung des Erdgases in Übereinstimmung mit gesetzlichen Vorgaben und Regeln der Technik sicher.
- (4) Der Netzbetreiber ermittelt gemäß Punkt XII die Mengen des in das Verteilernetz eingespeisten und daraus entnommenen Erdgases sowie die transportierte Leistung (Messung).
- (5) Mit dem Netzbenutzer müssen für Termine, insbesondere für die Durchführung von Reparaturen und Wartungen sowie Ablesungen, bei denen die Anwesenheit des Netzbenutzers an Ort und Stelle erforderlich ist, Zeitfenster von zwei Stunden vereinbart werden, wobei auf Terminwünsche des Netzbenutzers einzugehen ist.
- (6) Vom Netzbetreiber sind Möglichkeiten zur Kontaktaufnahme zur Einbringung von Anfragen und Beschwerden durch Netzbenutzer einzurichten. Als Mindeststandard muss die Erreichbarkeit des Netzbetreibers über eine Kundenhotline innerhalb der allgemeinen Geschäftszeiten gewährleistet sein. Die Möglichkeiten zur Kontaktaufnahme sind dem Netzbenutzer zu kommunizieren.
- (7) Anfragen und Beschwerden von Netzbenutzern an den Verteilernetzbetreiber sind von diesem binnen fünf Arbeitstagen ab Eingang zu beantworten. Sollte eine Beantwortung aus nicht vom Verteilernetzbetreiber zu verantwortenden Gründen nicht binnen fünf Arbeitstagen möglich sein, wird der Netzbenutzer innerhalb dieser Frist über die weitere Vorgehensweise, die voraussichtliche Dauer der Bearbeitung sowie die Kontaktdaten einer Ansprechperson informiert.
- (8) Im Falle einer Beschwerde ist der Netzbenutzer über die Möglichkeit der Einleitung eines Schlichtungsverfahrens gemäß § 26 E-ControlG zu informieren.
- (9) Optionale Netzdienstleistungen: Im Netzzugangsvertrag können weitere Netzdienstleistungen, wie z.B. von den technischen Ausführungsbestimmungen der Netzbetreiber abweichende Grenzwerte des Übergabedruckes, zusätzliche Verdichterleistung, Trocknung des Erdgases, Unterbrechbarkeit oder Einschränkung von Transporten vereinbart werden. Die Unterbrechbarkeit und Einschränkung von Transporten kann nur unter der Voraussetzung einer entsprechenden Regelung in der Gas-Systemnutzungsentgelte-Verordnung (vgl. Punkt XIX) vereinbart werden.

XI. Einspeisung und Entnahme

- (1) Der Netzbetreiber ist verpflichtet, dem Netzbenutzer die möglichen Einspeisepunkte für Erdgas und biogene Gase in sein Netz für konkrete Anlagen auf Anfrage bekanntzugeben.
- (2) Der Netzbenutzer verpflichtet sich, bei der Inanspruchnahme von Netzdienstleistungen die maximal vereinbarte Transportkapazität bezüglich der vertraglich vereinbarten Einspeise- bzw. Entnahmepunkte nicht zu überschreiten.
- (3) Der einspeisende Netzbenutzer verpflichtet sich, bei der Übergabe am Einspeisepunkt nur Erdgas bzw. biogene Gase, welche der Spezifikation gemäß Gas-Marktmodell-Verordnung 2012 entsprechen, einzuspeisen und die Qualität des Erdgases oder biogenen Gases gemäß Gas-Marktmodell-Verordnung 2012 nachzuweisen. Wird die Qualitätsspezifikation gemäß Gas-Marktmodell-Verordnung 2012 oder der vereinbarte Übergabedruck nicht eingehalten, hat der Netzbetreiber das Recht, die Übernahme des Erdgases gemäß § 33 Abs. 1 Z 5 GWG 2011 zu verweigern. Der Netzbetreiber hat die Bilanzgruppenverantwortlichen des Marktgebiets, den Verteilergebietsmanager und die vorgelagerten Netzbetreiber über die Nichteinhaltung der Qualitätsspezifikation umgehend zu informieren.
- (4) Der Netzbetreiber ist berechtigt, die aktuelle Drucksituation sowie den Mengendurchfluss der Netzbenutzer (Einspeiser in das Verteilernetz) an wesentlichen Einspeisepunkten des Marktgebiets dem Verteilergebietsmanager in elektronischer Form zu übermitteln. Sofern diese Daten beim Netzbetreiber nicht vorhanden sind, verpflichtet sich der Netzbenutzer, diese bereit zu stellen.

XII. Messung

- (1) Der Netzbetreiber ermittelt das Ausmaß der vom Netzbenutzer in Anspruch genommenen Netzdienstleistungen durch Messeinrichtungen. Der Netzbenutzer ist berechtigt, einmal vierteljährlich dem Netzbetreiber den Zählerstand bekannt zu geben. Der Netzbetreiber ist im Fall der Zählerstandsbekanntgabe verpflichtet, dem Netzbenutzer innerhalb von zwei Wochen eine zeitnahe Verbrauchsinformation zu übermitteln.
- (2) Der Netzbenutzer ist in geeigneter Weise darüber zu informieren, dass im Falle einer Selbstablesung der abgelesene Zählerstand der Verbrauchsermittlung und -information zugrunde gelegt wird und damit eine exaktere Mengenermittlung erfolgt.
- (3) Die Messeinrichtungen werden, wenn die Anwesenheit des Netzbenutzers an Ort und Stelle erforderlich ist, nach Vorankündigung in möglichst gleichen Zeitabständen

(Abrechnungsperiode), zumindest aber jährlich, von Vertretern des Netzbetreibers oder auf Wunsch des Netzbetreibers oder des Netzbenutzers vom Netzbenutzer selbst abgelesen und die Messdaten in vom Netzbetreiber festgelegter und zumutbarer Form diesem übermittelt. Mindestens alle drei Jahre hat eine Ab- oder Auslesung des Zählers durch den Netzbetreiber zu erfolgen.

- (4) Dem Netzbenutzer ist vom Netzbetreiber bei Selbstablesung die Möglichkeit einzuräumen, die Angaben zum Zählerstand auch auf der Internetpräsenz des Netzbetreibers zu tätigen.
- (5) Eine rechnerische Ermittlung der Messwerte ist nur in jenen Fällen zulässig, in denen der Netzbenutzer von der ihm angebotenen Möglichkeit zur Selbstablesung und Übermittlung der Daten an den Netzbetreiber keinen Gebrauch gemacht hat und ein Ableseversuch durch den Netzbetreiber aus einem Grund, der dem Verantwortungsbereich des Netzbenutzer zuzuordnen ist, erfolglos blieb. In diesem Fall ermittelt der Netzbetreiber den Verbrauch oder die Einspeisung durch Aliquotierung gemäß den Regelungen der Gas-Systemnutzungsentgelte-Verordnung.
- (6) Die Ablesung ist vom Netzbetreiber schriftlich rechtzeitig, mindestens 14 Tage im Voraus anzukündigen, wenn die Anwesenheit des Netzbenutzers an Ort und Stelle erforderlich ist. Ausgenommen davon sind Messeinrichtungen mit Lastprofilzählern oder intelligente Messgeräte. Für Terminvereinbarungen gilt Punkt X Ziffer (5). Das Recht des Netzbetreibers, Ablesestichproben ohne Vorankündigung vorzunehmen, bleibt davon unberührt. Erfolgt die Ablesung unangekündigt, ist der Netzbenutzer über die durchgeführte Ablesung unter Angabe des abgelesenen Zählerstandes umgehend in geeigneter Weise zu informieren.
- (7) Die Messeinrichtungen umfassen auch allfällige Steuer- und Datenübertragungseinrichtungen und müssen den Bestimmungen des Maß- und Eichgesetzes, den Regeln der Technik sowie den jeweils anzuwendenden gesetzlichen Vorschriften entsprechen. Störungen oder Beschädigungen der Messeinrichtungen, die für den Netzbenutzer erkennbar sind, hat er dem Netzbetreiber unverzüglich mitzuteilen.
- (8) Der Netzbetreiber bestimmt gemäß den Regeln der Technik sowie den jeweils anzuwendenden gesetzlichen Vorschriften Art, Zahl und Größe sowie in Abstimmung mit dem Netzbenutzer den Anbringungsort der Messeinrichtungen. Er hat die Messeinrichtungen beizustellen, anzubringen, instand zu halten, zu eichen, nachzueichen und zu entfernen. Netzbenutzern ohne Mengenumwerter sind auf Verlangen temperaturkompensierte Zähler oder Temperaturumwerter einzubauen. Dafür erforderliche Anpassungen der Messstelle sind vom Netzbenutzer zu veranlassen und zu bezahlen. Es besteht für Netzbenutzer mit Lastprofilzählern die Möglichkeit, dass diese Einrichtungen auch vom Netzbenutzer beigestellt werden und von diesem eingebaut werden können. Will der Netzbenutzer Messeinrichtungen selbst beistellen, hat er diesen Wunsch dem Netzbetreiber zeitgerecht mitzuteilen. Dieser hat daraufhin dem Netzbenutzer die hierfür geltenden Spezifikationen bekannt zu geben. Die Prüfung der ordnungsgemäßen Funktion liegt aber jedenfalls in der

Verantwortung des Netzbetreibers. Der Netzbetreiber legt den Zeitpunkt, an dem die Verrechnung durch das eingebaute Messgerät anerkannt wird, fest. Wenn der Netzbetreiber den Zugang zu den Messeinrichtungen mit einem Schloss sichert, ist dem Netzbenutzer auf Wunsch ein entsprechender Schlüssel zu übergeben, um beispielsweise auch Selbstablesungen durchführen zu können.

- (9) Der Netzbenutzer hat die für die Messeinrichtungen geeigneten Plätze und die allenfalls erforderliche Energie samt Anschlussmöglichkeit auf eigene Kosten zur Verfügung zu stellen. Bei Ausfall eines Messgerätes ist dieses umgehend durch den Netzbetreiber zu reparieren bzw. durch ein Ersatzgerät zu ersetzen. Einrichtungen, welche vom Netzbenutzer beigestellt wurden, sind von diesem umgehend zu reparieren oder durch ein Ersatzgerät zu ersetzen. Die Prüfung der ordnungsgemäßen Funktion hat jedenfalls durch den Netzbetreiber zu erfolgen. Der Zeitpunkt, an dem die Verrechnung durch das eingebaute Messgerät wieder anerkannt wird, ist vom Netzbetreiber festzulegen.
- (10) In der Gas-Systemnutzungsentgelte-Verordnung können Höchstpreise für Messleistungen festgelegt werden. Soweit Messeinrichtungen vom Netzbenutzer beigestellt werden, ist das Entgelt für Messleistungen entsprechend zu vermindern. Kosten für zusätzliche Ablesungen oder Datenübermittlungen, die auf Wunsch des Netzbenutzers durchgeführt oder von ihm verursacht werden, können gemäß Gas-Systemnutzungsentgelte-Verordnung zusätzlich zum Entgelt für Messleistungen verrechnet werden.
- (11) Der Netzbenutzer haftet für das Abhandenkommen oder die Beschädigung von Messeinrichtungen des Netzbetreibers gemäß Punkt XXXII. Der Netzbenutzer hat den Verlust, Beschädigungen oder Störungen derartiger Einrichtungen dem Netzbetreiber unverzüglich mitzuteilen.
- (12) Wenn an einem Zählpunkt der Druck von 100 mbar überschritten wird, ist ein Mengenumwerter an den Gaszähler anzubauen. Ausgenommen davon sind Zählpunkte, an denen die Jahresmenge 400.000 kWh nicht übersteigt. Für Zählpunkte mit einem Betriebsdruck unter 100 mbar und Jahresmengen größer 3.500.000 kWh ist ebenfalls ein Mengenumwerter anzubauen. Der Netzbenutzer hat die Kosten des Anbaues gemäß Gas-Systemnutzungsentgelte-Verordnung zu tragen.
- (13) Der Netzbenutzer kann die Nachprüfung der Messeinrichtungen durch den Netzbetreiber verlangen oder bei Eichämtern bzw. akkreditierten Stellen beantragen. Stellt der Netzbenutzer den Antrag auf Prüfung bei einem Eichamt bzw. einer akkreditierten Stelle, so hat er den Netzbetreiber von der Antragstellung zu benachrichtigen. Die Kosten sind gemäß der Gas-Systemnutzungsentgelte-Verordnung vom Netzbenutzer zu tragen. Die durch die Prüfung entstehenden Kosten fallen dem Netzbenutzer jedenfalls dann zur Last, wenn die Messeinrichtung von ihm beigestellt wurde.

- (14) Der für die Nacheichung oder aus sonstigen technischen Gründen erforderliche Wechsel der betroffenen Messeinrichtungen wird nach Terminabstimmung und auf Wunsch im Beisein des Netzbenutzers oder dessen Vertreter durchgeführt. Die Nacheichung ist vom Netzbetreiber schriftlich rechtzeitig, mindestens 14 Tage im Voraus anzukündigen, wenn die Anwesenheit des Netzbenutzers an Ort und Stelle erforderlich ist. Für Terminvereinbarungen gilt Punkt X Ziffer (5). Ist eine Anwesenheit des Netzbenutzers nicht erforderlich, ist er zu verständigen.
- (15) Wird die Messeinrichtung vom Netzbetreiber bereitgestellt, gilt für die Nachprüfung die Kostentragungsregelung gemäß Gas-Systemnutzungsentgelte-Verordnung. Die voraussichtlichen Kosten setzen sich zusammen aus einmaligem Zähleraus-, Zählereinbau (Tauschzähler) und den Kosten für die Überprüfung. Die voraussichtliche Höhe der Kosten ist dem Netzbenutzer im Voraus bekanntzugeben.
- (16) Wenn aufgrund einer Änderung des Systemnutzungsentgelts oder des Energiepreises oder eines Versorgerwechsels (siehe Punkt XIV) eine Verbrauchsabgrenzung notwendig wird, kann der Netzbenutzer dem Netzbetreiber den Zählerstand ebenfalls frühestens fünf Arbeitstage vor dem Stichtag der Änderung bzw. spätestens fünf Arbeitstage danach bekannt geben. Der Netzbetreiber hat dem Versorger den Zählerstand umgehend zu übermitteln. Besteht im Falle des Versorgerwechsels der Netzbenutzer, der neue oder der bisherige Versorger auf einer Ablesung des Zählerstandes durch den Netzbetreiber, so hat dieser die Ablesung vorzunehmen. Der Netzbetreiber kann demjenigen welcher die Ablesung fordert, die dafür in der Gas-Systemnutzungsentgelte-Verordnung vorgesehenen Entgelte in Rechnung stellen. Wird der Ablesewunsch von mehreren Marktteilnehmern gefordert, so ist die Ablesung demjenigen in Rechnung zu stellen, der den Wunsch als erster bekannt gegeben hat. Der Netzbetreiber hat die Angaben des Netzbenutzers auf ihre Plausibilität zu überprüfen.
- (17) Vorhandene Schnittstellen (wie z.B. Impulsgeber, Stromausgänge) können ohne zusätzliche Kosten vom Netzbenutzer benutzt werden. Werden auf einer Messeinrichtung Daten für mehr als einen Netzbenutzer ermittelt, so hat der Netzbenutzer kein Recht, zusätzliche Ablesungen oder Datenübermittlungen zu verlangen.
- (18) Bei Fernablesung der Messeinrichtung hat der Netzbenutzer, wenn dies technisch möglich und zumutbar ist, kostenlos eine Leitung oder die Möglichkeit einer Leitungsführung zum öffentlichen Telefonnetz zur Verfügung zu stellen. Selbiges gilt für einen etwaigen notwendigen Stromanschluss.
- (19) Der Netzbenutzer hat dafür zu sorgen, dass die Messeinrichtungen jederzeit leicht und rasch zugänglich sind. Für den Fall, dass bei Netzbenutzern mit Lastprofilzählern oder intelligenten Messgeräten die Messeinrichtungen nach zweimaliger Ankündigung voneinander unabhängiger Termine nicht abgelesen werden können, wird der Netzbetreiber die auf der letzten Jahresabrechnung basierenden Werte als Verrechnungsgrundlage heranziehen. Liegt keine Letztjahresabrechnung oder eine Verbrauchsänderung vor (z.B. durch zusätzliche Anlagen), ist der Netzbetreiber zur Schätzung berechtigt. Für nicht mittels Lastprofilzähler gemessene Netzbenutzer ist

eine rechnerische Ermittlung durch den Netzbetreiber gemäß der Methodik der Standardlastprofile, auf eine transparente und nachvollziehbare Weise vorzunehmen.

- (20) Wenn der Netzbenutzer es verlangt, ist der Netzbetreiber verpflichtet, Messeinrichtungen zu verlegen, soweit dies ohne Beeinträchtigung einer einwandfreien Messung möglich ist. Die Kosten der Verlegung trägt der Netzbenutzer gemäß Gas-Systemnutzungsentgelte-Verordnung.

Lastprofilzähler

- (21) Der Netzbetreiber hat für jeden Zählpunkt eines Netzbenutzers, bei dem sowohl der Jahresverbrauch bzw. die jährliche Einspeisung, als auch eine bestimmte Zählergröße überschritten wird, einen Lastprofilzähler (Erfassung im Stundenraster) gemäß Lastprofil-Verordnung der Regulierungsbehörde einzubauen.
- (22) Die Speicherkapazität muss für mindestens ein Monat ausgelegt sein. Weiters sind die Daten der Lastprofilzähler mittels Fernübertragung (GPRS, Funk, WLAN, etc.) auszulesen. Eine Datenübermittlung an den Netzbetreiber hat zumindest einmal am Tag, bis spätestens 12:00 Uhr des darauf folgenden Kalendertages, zu erfolgen. Lastprofilzähler ohne Fernauslesung können bis zum 31. Dezember 2013 weiterverwendet werden.
- (23) Die Auswahl der Lastprofilzähler hat sich nach den Regeln der Technik sowie den jeweils anzuwendenden gesetzlichen Vorschriften zu richten.
- (24) Wenn bei einem Gaszähler zusätzlich ein Mengenumwerter angebaut ist, müssen beide Zählwerte (m^3 und Nm^3 oder kWh) erfasst und übertragen werden. Damit bei einem Ausfall des Mengenumwerters weiterhin Daten vom Lastprofilzähler erfasst werden können, ist es erforderlich, den Impulsausgang direkt vom Zähler abzunehmen und nicht den des Mengenumwerters zu verwenden. Wenn bei einem Mengenumwerter zwei voneinander physikalisch getrennte Impulseingänge vorhanden sind und der Mengenumwerter auch als Datenspeicher eingesetzt wird, braucht kein eigener Lastprofilzähler installiert zu werden. Bei Gaszählern mit Encoderzählwerken ist eine redundante Erfassung nicht notwendig, da bei diesem System die Zuverlässigkeit wesentlich höher ist.

Intelligente Messgeräte

- (25) Intelligente Messgeräte erfassen den Zählerstand und übermitteln diesen an den Netzbetreiber. Verfügen intelligente Messgeräte über eine integrierte Speichermöglichkeit, so werden sämtliche Werte für maximal 60 Tage zur Verfügbarkeit für den Netzbenutzer gespeichert. Es gelten die technischen Anforderungen der Verordnung gemäß § 128 Abs. 2 GWG 2011. Für die Übermittlung von Daten siehe Punkt XVIII.

-
- (26) Die Entscheidung, ob konventionelle Messeinrichtungen oder intelligente Messgeräte eingesetzt werden, obliegt dem Netzbetreiber unter Berücksichtigung der gesetzlichen Rahmenbedingungen. Insbesondere legt der Netzbetreiber fest, ob und gegebenenfalls wann und in welchem Gebiet er intelligente Messgeräte einsetzt. Netzbenutzern, die bis zu dem in der Verordnung gemäß § 128 Abs. 1 GWG 2011 genannten Datum nicht mit einem intelligenten Messgerät ausgestattet wurden, ist vom Netzbetreiber der Grund hierfür mitzuteilen.
- (27) Netzbetreiber sind verpflichtet, monatlich alle täglich und im Falle von Punkt XVIII Ziffer (8) (entsprechende vertragliche Ausgestaltung bzw. ausdrückliche Zustimmung des Netzbenutzers) auch stündlich erhobenen Verbrauchswerte jener Netzbenutzer, deren Verbrauch mithilfe eines intelligenten Messgeräts gemessen wird, an die jeweiligen Versorger zu übermitteln.
- (28) Die Bereitstellung der Zählerstände hat spätestens nach sechs Monaten ab Einbau des intelligenten Messgerätes zu erfolgen. Nach erstmaliger Verarbeitung durch den Netzbetreiber sind sämtliche Verbrauchsdaten spätestens nach einem Tag dem Netzbenutzer kostenlos im Internet zur Verfügung zu stellen.

XIII. Lastprofil

- (1) Der Netzbetreiber legt im Einklang mit den gesetzlichen Bestimmungen und den Regeln der Technik fest, ob beim Netzbenutzer ein Lastprofilzähler oder ein intelligentes Messgerät eingebaut oder ihm ein Standardisiertes Lastprofil zugeteilt wird.
- (2) Die Vergabe der Standardisierten Lastprofile bzw. der Einsatz von Lastprofilzählern ist in der Verordnung der Regulierungsbehörde gemäß § 60 GWG 2011 betreffend die Zuordnung, Erstellung, Anzahl und Anpassung von Standardisierten Lastprofilen geregelt.

XIV. Wechsel des Versorgers oder der Bilanzgruppe und Neuanmeldungsprozess

- (1) Der Wechsel des Versorgers unterliegt den Bestimmungen der Verordnung gemäß § 123 GWG 2011, welche auch Sonderprozesse wie Neuanmeldung (aktiver oder inaktiver Anschluss) und Abmeldung behandelt.
- (2) Der Versorgerwechsel ist für den Netzbenutzer mit keinen gesonderten Kosten verbunden.

- (3) Der Netzbenutzer kann sich bei der Abgabe der nach den vorstehenden Absätzen vorgesehenen Meldungen durch Dritte, insbesondere auch Versorger und Bilanzgruppenverantwortliche, vertreten lassen.
- (4) Der Netzbetreiber hat dem Netzbenutzer spätestens sechs Wochen nach Vollziehung des Versorgerwechsels oder nach Vertragsbeendigung eine Zwischenabrechnung zu legen. Der Netzbetreiber hat die Rechnung für die Netznutzung innerhalb von drei Wochen an den bisherigen Versorger zu übermitteln, sofern der bisherige Versorger auch die Rechnung für die Netznutzung legt.

XV. Qualität der Netzdienstleistung

- (1) Die Qualitätsstandards für die Netzdienstleistung für an das Netz angeschlossene Netzbenutzer werden in der Verordnung gemäß § 30 GWG 2011 festgelegt.
- (2) Der Netzbetreiber ist verpflichtet, dem Netzbenutzer einmal jährlich in geeigneter Weise Informationen über die in § 3 bis § 13 der Verordnung gemäß § 30 GWG 2011 festgelegten Standards zu übermitteln.
- (3) Der Netzbetreiber übermittelt zur Überprüfung der Einhaltung der Standards die Kennzahlen gemäß dem 3. Abschnitt der Verordnung gemäß § 30 GWG 2011 jährlich zum 31. März für das vorangegangene Kalenderjahr an die Regulierungsbehörde. Diese Kenngrößen sind zudem in geeigneter Weise, jedenfalls aber auf der Internetpräsenz des Netzbetreibers, von jedem Netzbetreiber individuell zu veröffentlichen.
- (4) Der Netzbetreiber ist verpflichtet, eine jährliche, repräsentative, standardisierte Befragung zur Zufriedenheit der Netzbenutzer in Bezug auf die Zuverlässigkeit, Sicherheit und Qualität der erbrachten Netzdienstleistung durchzuführen. Hierbei sind gemeinsam von den Netzbetreibern in Abstimmung mit der Regulierungsbehörde erstellte und auf die verschiedenen Anlassfälle gemäß Punkt (5) abgestimmte Musterfragebögen zu verwenden.
- (5) Die vom Netzbetreiber durchgeführte Befragung muss insbesondere für Netzbenutzer durchgeführt werden, deren Kontakt mit dem Netzbetreiber im vorangegangenen Kalenderjahr in eine der folgenden Kategorien fällt:
 - a. erstmalige Herstellung oder Änderungen eines bestehenden Netzanschlusses;
 - b. Herstellung eines Netzzugangs;
 - c. Vornahme von Betragskorrekturen auf der Rechnung;
 - d. Versorgungsunterbrechung;
 - e. wesentliche Wartungs-, inkl. Nacheichungs- sowie Reparaturarbeiten an den von ihnen benutzten gastechnischen Anlagen;

-
- f. eingebrachte Beschwerde in Bezug auf die vom Netzbetreiber erbrachte Netzdienstleistung.
- (6) Der Befragung ist anhand des auf den Anlassfall bezogenen Fragebogens zeitnah fernmündlich oder schriftlich durchzuführen.
- (7) Die Musterfragebögen haben insbesondere klar definierte Fragen zu folgenden Themenbereichen zu enthalten:
- Qualität der Beratung und des Kundenkontakts;
 - Transparenz der vom Netzbetreiber angebotenen Netzdienstleistung;
 - Einhaltung von Terminen und Fristen durch den Netzbetreiber.
- (8) Die Auswertung der Befragung hat durch ein unabhängiges Institut zu erfolgen. Bestehen Zweifel an der Unabhängigkeit des Instituts, kann die Regulierungsbehörde ein geeignetes Institut benennen.
- (9) Die ermittelten Ergebnisse der statistischen Auswertung gemäß Punkt (8) sind jährlich zum 31. März für das vorangegangene Kalenderjahr in geeigneter Weise, jedenfalls aber auf der Internetpräsenz des Netzbetreibers, zu veröffentlichen sowie der Regulierungsbehörde zu übermitteln.

XVI. Informationspflichten zum Betrieb

- (1) Netzbetreiber und Netzbenutzer haben einander jene Informationen zu übermitteln, die für die Erfüllung der Vertragspflichten und die Sicherstellung der Interoperabilität der vor- und nachgeschalteten Netze erforderlich sind. Der Netzbetreiber ist verpflichtet, rechtzeitig auf mögliche Druck- und Kapazitätsengpässe hinzuweisen, insbesondere betreffend geplante Arbeiten im Verteilernetz.
- (2) Bei geplanten Versorgungsunterbrechungen und Einschränkungen der Einspeisemöglichkeit sind die betroffenen Netzbenutzer mindestens fünf Tage vor Beginn in geeigneter Weise zu verständigen und über die voraussichtliche Dauer der Versorgungsunterbrechung oder der Einschränkung der Einspeisemöglichkeit zu informieren. Im Einvernehmen mit den Netzbenutzern kann die Benachrichtigung auch kurzfristiger erfolgen.
- (3) Soweit der Netzbenutzer über Datenübertragungssysteme verfügt, die 24 Stunden in Betrieb sind, verfügt, hat jeder Schriftwechsel bezüglich Vorgaben für den Betrieb des Netzes direkt zwischen den Ansprechpartnern des Netzbenutzers (insbesondere des Einspeisers) und des Netzbetreibers mittels dieser Datenübertragungssysteme zu erfolgen. Insbesondere sind die Daten zur Ermittlung des Ausmaßes der Netzdienstleistungen (Punkt XII) und zur Qualitätsbestimmung kontinuierlich auszutauschen.

XVII. Datenschutz und Geheimhaltung

- (1) Der Netzbetreiber ist berechtigt, die zur Besorgung seiner Aufgaben erforderlichen Daten des Netzbenutzers – insbesondere die gemäß den Marktregeln zu erfassenden Stamm-, Mess- und Plandaten, ausschließlich gemäß den einschlägigen bundes- und landesgesetzlichen Bestimmungen zu verwenden und darf diese nur im notwendigen und gesetzlich zulässigen Umfang an jene Marktteilnehmer weitergeben, soweit sie diese Daten zur Besorgung ihrer Aufgaben benötigen.
- (2) Insbesondere ist der Netzbetreiber berechtigt, allen Versorgern, die ihm glaubhaft machen, dass diese Daten für die Durchführung des Versorgerwechsels benötigt werden, die Kundendaten (Name, Anlageadresse, Zählpunktnummer, Verbrauchsdaten) auf Anfrage zur Verfügung zu stellen. Die Zustimmung des Kunden ist jederzeit widerruflich.
- (3) Der Netzbetreiber und der Netzbenutzer haben Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse, von denen sie bei der Ausübung ihrer Geschäftstätigkeit, Kenntnis erlangen, vertraulich zu behandeln und dürfen sie Dritten gegenüber nicht offen legen.
- (4) Der Netzbetreiber hat die folgenden verrechnungsrelevanten Daten des Netzbenutzers unabhängig von sonstigen Aufbewahrungspflichten (rechtlich, kaufmännisch) für die letzten drei Abrechnungsjahre evident zu halten und dem Netzbenutzer im Internet übersichtlich zur Verfügung zu stellen oder die Anforderung dieser Daten über ein Kontaktformular auf der Internetpräsenz des Netzbetreibers zu ermöglichen und diese binnen fünf Arbeitstagen elektronisch beziehungsweise auf Wunsch des Netzbenutzers auf dem Postweg zu übermitteln. Zusätzlich ist dem Netzbenutzer die Möglichkeit einzuräumen, die Übermittlung dieser Daten schriftlich oder fernmündlich anzufragen:
 - (a) Name und Vorname (Firma) und Adresse des Netzbenutzers;
 - (b) Anlageadresse;
 - (c) einheitliche und eindeutige Zählpunktbezeichnung;
 - (d) Kennung/Identifikationsnummer der Bilanzgruppe;
 - (e) Kennung/Identifikationsnummer des Versorgers;
 - (f) Zähler, Mengenumwerter, Lastprofilzähler, intelligentes Messgerät (einschließlich Seriennummer);
 - (g) zugeordneter Lastprofiltyp (sofern anwendbar);
 - (h) Zählerstände, die in den letzten drei Abrechnungsjahren zu Abgrenzungen durch den Netzbetreiber herangezogen wurden;
 - (i) Verbrauch und ggf. verrechnete Leistung der letzten drei Abrechnungsjahre;
 - (j) Zugrunde gelegte Parameter zur Umrechnung von m³ (Gasmenge im Betriebszustand) in kWh (Normvolumen) wie Seehöhe (Höhenzone), Zählereinbauort, Verrechnungsbrennwert sowie Umrechnungsfaktor ;

- (k) Art des Netzbenutzers (sofern zugeordnet), gemäß Anlage 1 der Gas-Marktmodell-Verordnung 2012;
 - (l) Netzebene.
- (5) Beim Einsatz von intelligenten Messgeräten ist für die Auslesung von personenbezogenen 60-Minuten-Werten ist eine ausdrückliche Zustimmung des Netzbenutzers bzw. entsprechende vertragliche Vereinbarung erforderlich.
- (6) Für die Zwecke der Aufrechterhaltung eines sicheren und effizienten Netzbetriebes sowie der Energiestatistik können die 60-Minuten-Werte anonymisiert ausgelesen werden. Zu diesem Zwecke werden diese Daten unmittelbar nach deren Auslesen anonymisiert und dürfen nur in dieser nicht personenbezogenen Form verwendet werden.

XVIII. Übermittlung und Verwaltung von Daten

- (1) Die in diesen Allgemeinen Verteilernetzbedingungen vorgesehenen Datenübermittlungen sind in der jeweiligen in den Regeln der Technik und der Gas-Marktmodell-Verordnung 2012 sowie den Sonstigen Marktregeln festgesetzten Art und Weise durchzuführen. Grundsätzlich dürfen erfasste Messwerte des Netzbenutzers, ohne dessen ausdrückliche Zustimmung, nicht an Dritte weitergegeben werden. Ausgenommen davon sind Verbrauchsdaten, welche zur Verrechnung der Systemnutzungsentgelte, Energieabrechnung des Versorgers oder für das Kapazitätsmanagement des Verteilergiebtsmanager notwendig sind und deren Umfang in der Gas-Marktmodell-Verordnung 2012 oder entsprechenden anderen Verordnungen festgelegt sind.
- (2) Der Netzbetreiber hat den Versorgern der an das Verteilernetz angeschlossenen Netzbenutzer die abrechnungsrelevanten Daten der entnommenen Erdgasmenge zu übermitteln.
- (3) Auf Wunsch des Netzbenutzers hat der Netzbetreiber die elektronisch erfassten Zählerdaten dem Netzbenutzer elektronisch in dem im Marktgebiet normierten Datenformat, bei Verfügbarkeit auch innerhalb einer Abrechnungsperiode, kostenlos zur Verfügung zu stellen oder einmal pro Monat kostenlos, darüber hinaus gegen Abgeltung der Kosten, zu übermitteln. Dies gilt auch entsprechend im Fall einer nachträglichen Berichtigung von Daten. Für die Richtigkeit und Vollständigkeit der innerhalb der Abrechnungsperiode übermittelten Daten wird vom Netzbetreiber keine Garantie übernommen und es gilt der Haftungsausschluss.
- (4) Darüber hinaus werden Daten vom Netzbetreiber nur nach Anforderung und gegen Entgelt gemäß Gas-Systemnutzungsentgelte-Verordnung zur Verfügung gestellt, soweit die Datenübermittlung im jeweiligen Einzelfall gemäß § 7 Abs. 2 DSGVO 2000 zulässig ist. Das Recht des Betroffenen iSd § 4 Z 3 DSGVO 2000 auf Auskunft gemäß § 26 DSGVO 2000 bleibt unbenommen.

-
- (5) Netzbetreiber sind verpflichtet, innerhalb einer Frist von zwei Arbeitstagen auf Verlangen eines Netzbenutzers dessen Zählpunktsbezeichnung ihm oder einem Bevollmächtigten in einem gängigen Datenformat in elektronischer Form zur Verfügung zu stellen.
 - (6) Soweit ein intelligentes Messgerät gemäß der Verordnung nach § 128 Abs. 2 GWG 2011 zum Einsatz kommt, werden zählpunktbezogen insbesondere folgende Daten im intelligenten Messgerät für 60 Tage rollierend gespeichert:
 - (a) jeweils ein täglicher Zählerstand mit dazugehörigem Zeitstempel und Datum;
 - (b) bei Zustimmung bzw. vertraglicher Vereinbarung sämtliche 60-Minuten-Werte.
 - (7) Darüber hinaus werden im intelligenten Messgerät folgende Informationen gespeichert und im Bedarfsfall übermittelt:
 - (a) Status- bzw. Fehlerprotokoll;
 - (b) Zugriffsprotokoll bei unberechtigtem Zugriff.
 - (8) Beim Einsatz von intelligenten Messgeräten erfolgt für alle Netzbenutzer eine tägliche Übermittlung des Zählerstandes an den Netzbetreiber. Bei entsprechender vertraglicher Ausgestaltung bzw. bei ausdrücklicher Zustimmung des Netzbenutzers (vgl. Punkt XVII Ziffer (5)) werden auch sämtliche 60-Minuten-Werte übermittelt.
 - (9) Für Netzbenutzer mit Lastprofilzähler werden folgende Daten beim Netzbetreiber gespeichert:
 - (a) das monatliche Lastprofil;
 - (b) vereinbartes bzw. erworbenes Ausmaß für die Inanspruchnahme des Netzes (Netznutzungsrecht) in kW und Überschreitungen dieses Netznutzungsrechts im Abrechnungszeitraum.
 - (10) Die in diesen Allgemeinen Verteilernetzbedingungen vorgesehenen Datenübermittlungen sind elektronisch gemäß Gas-Marktmodell-Verordnung 2012, den Sonstigen Marktregeln und der Verordnung gemäß § 129 Abs. 4 GWG 2011 durchzuführen. Der Netzbetreiber hat Sorge zu tragen, dass die für die Abrechnung der Systemnutzungsentgelte verwendeten Daten vollinhaltlich mit jenen Daten übereinstimmen, die er gemäß den geltenden Marktregeln an den Versorger zu übermitteln hat.
 - (11) Daten, die vom Netzbetreiber mittels intelligenten Messgerätes ausgelesen wurden, sind spätestens einen Tag nach deren erstmaliger Verarbeitung jedenfalls im Internet kostenlos zur Verfügung zu stellen.
 - (12) Insbesondere übermittelt der Netzbetreiber personenbezogene Daten des Netzbenutzers
 - (a) an den vom Netzbenutzer jeweils bekanntgegebenen Versorger zum Zweck der Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen des Versorgers gegenüber dem

Netzbenutzer im dafür notwendigen Umfang, insbesondere die Messdaten für die Entgeltberechnung;

- (b) an potentielle Versorger des Netzbenutzers, insbesondere zum Zweck der Tarifauswahl und der Angebotslegung, nur nach vorhergehender ausdrücklicher Zustimmung des Netzbenutzers im Einzelfall (z.B. durch nachgewiesene Bevollmächtigung des Übermittlungsempfängers);
 - (c) an die zuständige Schlichtungsstelle oder Behörde (einschließlich der Gerichte), wenn und soweit dies zu Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen des Netzbetreibers notwendig ist oder dazu eine gesetzliche Ermächtigung oder Verpflichtung besteht;
 - (d) an Dritte, die dem Netzbenutzer Dienstleistungen erbringen (z.B. Energieberater), nur nach vorhergehender ausdrücklicher Zustimmung des Netzbenutzers im Einzelfall (z.B. durch nachgewiesene Bevollmächtigung des Übermittlungsempfängers).
- (13) Von den vorstehenden Bestimmungen unberührt bleibt die Überlassung von Daten an Dienstleister des Netzbetreibers gemäß § 10 DSGVO 2016 idGF.

XIX. Systemnutzungsentgelt

- (1) Der Netzbenutzer ist verpflichtet, dem Netzbetreiber gemäß § 72 GWG 2011 das in den jeweils geltenden Verordnungen gemäß § 70 GWG 2011 (Gas-Systemnutzungsentgelte-Verordnungen) festgelegte Entgelt zuzüglich allfälliger gesetzlicher Zuschläge, Steuern und Abgaben zu bezahlen. Sollten keine Systemnutzungsentgelte verordnet sein, hat der Netzbenutzer das angemessene Entgelt zu entrichten.
- (2) Der Netzbetreiber hat dem Netzbenutzer beim Abschluss eines Netzzugangsvertrages ein Preisblatt mit den vom Netzbetreiber verrechneten Nebenleistungen (z.B. Überprüfungen, Mahnspesen) zu übergeben oder an geeigneter Stelle im Internet zu veröffentlichen.
- (3) Für optionale Netzdienstleistungen gelten die in der Gas-Systemnutzungsentgelte-Verordnung festgelegten Entgelte.

XX. Rechnungslegung

- (1) Die Abrechnung der periodischen Systemnutzungsentgelte (Netznutzungsentgelt und Entgelt für Messleistungen) durch den Netzbetreiber erfolgt durch Monatsrechnungen oder Jahresrechnungen mit zwischenzeitlichen Abschlagszahlungen gemäß Punkt XXII. Auf Anfrage ist dem Netzbenutzer eine unterjährige Abrechnung zu gewähren. Nach erfolgter Ablesung am Ende einer

Abrechnungsperiode ist vom Netzbetreiber binnen zwei Wochen eine Rechnung zu legen und dem Netzbenutzer im Falle getrennter Rechnungslegung umgehend zu übermitteln. Der Netzbetreiber hat die Rechnung für die Netznutzung innerhalb von drei Wochen an den bisherigen Versorger zu übermitteln, sofern der bisherige Versorger auch die Rechnung für die Netznutzung legt.

- (2) Der Beginn der Abrechnungsperiode wird vom Netzbetreiber festgelegt und in geeigneter Weise bekannt gegeben. Eine Änderung der Abrechnungsperiode (z.B. durch Verschiebung des Ableszeitpunktes) ist dem Netzbenutzer vor der Umstellung anzuzeigen.
- (3) Auf allen Rechnungen sind die Pflichtbestandteile gemäß § 126 GWG 2011 anzuführen. Zusätzlich sind die der Rechnung zugrunde gelegte Höhe und der Zählereinbauort anzugeben. Der Netzbetreiber ist verpflichtet, im Internet allgemeine Erklärungen zur Netzrechnung zur Verfügung zu stellen und einen direkten Verweis auf das Kontaktformular zur Einholung von Informationen zu den verrechnungsrelevanten Daten des Netzbenutzers gemäß Punkt XVII Ziffer (4) anzugeben.
- (4) Bei jeder Änderung der Systemnutzungsentgelte ist eine Zonenaliquotierung und, wenn der Zählerstand nicht bekannt ist, eine rechnerische Verbrauchsabgrenzung vorzunehmen. Diese ist bei Anlagen ohne Lastprofilzähler oder intelligentem Messgerät vom Netzbetreiber gemäß Gas-Systemnutzungsentgelte-Verordnung (siehe Punkt XIX) durchzuführen.
- (5) Gibt ein Netzbenutzer dem Netzbetreiber den Zählerstand frühestens fünf Arbeitstage vor Ende der Abrechnungsperiode oder vor der Entgeltänderung bzw. spätestens fünf Arbeitstage danach bekannt, so hat der Netzbetreiber diesen Wert, sofern er plausibel erscheint, zur Verbrauchsermittlung heranzuziehen.
- (6) Im Falle einer rechnerischen Verbrauchsermittlung hat der Netzbetreiber auf Wunsch des Netzbenutzers die Aliquotierung gemäß den temperaturgewichteten standardisierten Lastprofilen dem Netzbenutzer transparent und rechnerisch nachvollziehbar darzustellen.
- (7) Weicht eine rechnerische Verbrauchsermittlung anhand standardisierter Lastprofile von den tatsächlichen Werten ab und werden die tatsächlichen Werte vom Netzbenutzer zeitnah bekannt gegeben, so ist eine unentgeltliche Rechnungskorrektur vorzunehmen.
- (8) Eine elektronische Übermittlung der Rechnungen ist über Kundenwunsch zulässig, das Recht des Kunden auf Rechnungslegung in Papierform darf jedoch vertraglich nicht ausgeschlossen werden.
- (9) Der Netzbetreiber hat dem Netzbenutzer die Informationen gemäß Ziffer (2) sowie sämtliche gespeicherten, ihn betreffenden Verbrauchsdaten der letzten zwölf Monate

auf Anfrage an ihn bzw. bei ausdrücklicher Anweisung an einen genannten Dritten unentgeltlich zu übermitteln.

- (10) Netzrechnungen werden vom Verteilernetzbetreiber in seinem Abrechnungssystem binnen zwei Arbeitstagen ab Einlangen des Ansuchens um Rechnungskorrektur korrigiert und in korrigierter Form dem Netzbenutzer umgehend übermittelt, sofern dem Netzbetreiber alle für die Durchführung der Rechnungskorrektur erforderlichen Informationen vorliegen.
- (11) Sollten die Angaben für die Bearbeitung des Ansuchens um Rechnungskorrektur durch den Netzbetreiber nicht ausreichen, hat dieser die benötigten weiteren Angaben umgehend vom Netzbenutzer anzufordern.
- (12) Nach Beendigung des Vertragsverhältnisses und nach Vorliegen der vom Netzbenutzer für die Rechnungserstellung zu liefernden Daten ist innerhalb von sechs Wochen vom Netzbetreiber eine Endabrechnung durchzuführen und dem Netzbenutzer umgehend zu übermitteln.

XXI. Zahlung und Verzug

- (1) Zahlungen der Netzbenutzer sind abzugsfrei auf ein Konto des Netzbetreibers zu leisten. Auf begründeten Wunsch des Netzbetreibers sind – unter Berücksichtigung der Interessen des Netzbenutzers – Zahlungen in bar zu leisten. Die Aufforderung zur Barzahlung hat schriftlich zu erfolgen und ist schriftlich zu begründen.
- (2) Die Rechnungen bzw. Zahlungsaufforderungen betreffend Abschlagszahlungen sind innerhalb von zwei Wochen ab Postaufgabe- oder Versanddatum (elektronische Datenübertragung, Fax usw.) fällig. Für Verbraucher im Sinne des Konsumentenschutzgesetzes ist für den Beginn der Zahlungsfrist der Zugang der Rechnung oder Zahlungsaufforderung maßgeblich.
- (3) Einsprüche gegen Rechnungen berechtigen nicht zu Zahlungsaufschub oder Zahlungsverweigerung hinsichtlich unstrittiger Teile der Rechnungssumme. Die Aufrechnung mit Gegenansprüchen ist nur für den Fall der Zahlungsunfähigkeit des Netzbetreibers oder mit Ansprüchen zulässig, die im rechtlichen Zusammenhang mit der Verbindlichkeit des Netzbenutzers stehen, die gerichtlich festgestellt oder anerkannt worden sind.
- (4) Bei Zahlungsverzug können ab dem der Fälligkeit folgenden Tag Verzugszinsen bis zur Höhe von vier Prozentpunkten über dem Basiszinssatz der Europäischen Zentralbank sowie bei Unternehmensgeschäften in der Höhe von acht Prozentpunkten über dem Basiszinssatz (§ 1333 Abs. 2 ABGB) verrechnet werden. Der Netzbenutzer ist verpflichtet, für Mahnungen, für Wiedervorlagen von Rechnungen, für durch den Netzbenutzer verschuldete Rechnungsberichtigungen, für Inkasso bzw.

Inkassoversuche durch Beauftragte sowie für die Montage eines Pre-Paymentzählers dem Netzbetreiber die Kosten gemäß Preisblatt zu bezahlen, soweit diese zur zweckentsprechenden Betreibung und/oder Einbringung notwendig sind, den Netzbenutzer ein Verschulden trifft und die Kosten in einem angemessenen Verhältnis zur betriebenen Forderung stehen. Im Falle der Beauftragung eines Rechtsanwalts hat der Netzbenutzer die Kosten gemäß dem jeweils geltenden Rechtsanwaltstarifgesetz, im Falle der Beauftragung eines Inkassobüros die Kosten nach Aufwand zu bezahlen, wobei diese nicht über den Höchstsätzen der jeweils geltenden Inkassogebührenverordnung liegen dürfen.

- (5) Für nicht automatisierbare Verbuchungen von Zahlungseingängen (z.B. Verwendung von nicht EDV-lesbaren Zahlscheinen und unvollständig übermittelten Formularen bei Telebanking) ist der Netzbetreiber berechtigt, für den Mehraufwand einen angemessenen Pauschalbetrag, maximal jedoch EUR 2,-, in Rechnung zu stellen.

[Hinweis: Aus Informationsgründen wird den Netzbetreibern empfohlen, auf die Bestimmung des Ziffer 5 besonders hinzuweisen (z.B. Fettdruck und gesonderte Aufnahme in den Netzzugangsvertrag)]

- (6) Sofern der Versorger auch die Rechnung über die Netznutzung legt, überträgt der Netzbetreiber bei Zahlungsverzug des Netzbenutzers mit der Netz- und Energierechnung, die auch ihm als Netzbetreiber obliegende Durchführung des Mahnverfahrens gemäß nach Punkt XXVIII Ziffer (3) dem Versorger.

XXII. Abschlagszahlungen (Teilbetragsvorschreibungen)

- (1) Der Netzbetreiber kann Abschlagszahlungen (Teilbetragsvorschreibungen) verlangen, wenn die Netzdienstleistungen über mehrere Monate abgerechnet werden. Dabei ist eine Zahlung zumindest zehnmal jährlich jedenfalls anzubieten. Die Abschlagszahlungen werden auf Basis des Letztjahresverbrauches in kWh tagesanteilig berechnet und dabei die aktuellen Netznutzungsentgelte zugrunde gelegt. Bei der erstmaligen Berechnung der Teilbetragsvorschreibungen nach Abschluss eines Netznutzungsvertrages bemessen sich die Abschlagszahlungen nach den Verbrauchsangaben des Netznutzers. Liegen Verbrauchsangaben durch den Netzbenutzer nicht vor, werden die Teilbetragsvorschreibungen nach den durchschnittlichen Netzdienstleistungen für vergleichbare Netzbenutzer berechnet. Macht der Netzbetreiber oder der Netzbenutzer eine andere Inanspruchnahme von Netzdienstleistungen glaubhaft, so muss dies angemessen berücksichtigt werden.
- (2) Ergibt die Jahresabrechnung, dass zu hohe Abschlagszahlungen geleistet wurden, so muss der Netzbetreiber den übersteigenden Betrag mit der nächsten Abschlagsforderung verrechnen oder auf Kundenwunsch rückerstatten.
- (3) Ist der Netzbenutzer Verbraucher iSd KSchG, so ist dem Netzbenutzer auf seinen Wunsch die Möglichkeit einer Ratenvereinbarung einzuräumen, wenn die

Abrechnung ergibt, dass die Abschlagszahlungen ordnungsgemäß entrichtet, aber zu gering bemessen wurden.

XXIII. Vorauszahlung und Sicherheitsleistung

- (1) Der Netzbetreiber kann Vorauszahlung verlangen, wenn nach den Umständen des jeweiligen Einzelfalles zu erwarten ist, dass der Netzbenutzer seinen Zahlungsverpflichtungen nicht oder nicht zeitgerecht nachkommt (z.B. der Netzbenutzer ist mit einer Zahlung trotz wiederholter Mahnung in Verzug oder es wird gegen den Netzbenutzer das gerichtliche Ausgleichs- oder das Reorganisationsverfahren eröffnet). Die Aufforderung zur Vorauszahlung hat schriftlich zu erfolgen und ist zu begründen. Die Vorauszahlung bemisst sich nach dem Rechnungsbetrag des vorhergehenden Abrechnungszeitraums oder nach dem durchschnittlichen Rechnungsbetrag vergleichbarer Netzbenutzer und darf die Teilbetragszahlungen für einen Zeitraum von drei Monaten nicht übersteigen. Wenn der Netzbenutzer glaubhaft macht, dass sein Rechnungsbetrag für die zukünftige Abrechnungsperiode erheblich geringer sein wird, ist dies angemessen zu berücksichtigen.
- (2) Statt eine Vorauszahlung zu verlangen, kann der Netzbetreiber die Leistung einer Sicherheit (Barsicherheit, Bankgarantie, Hinterlegung von nicht vinkulierten Sparbüchern) verlangen. Die Bestimmungen der vorhergehenden Ziffer gelten sinngemäß. Der Netzbetreiber kann sich aus der Sicherheit bezahlt machen, wenn der Netzbenutzer im Verzug ist und nach Mahnung nicht unverzüglich seinen Zahlungsverpflichtungen nachkommt. Die Sicherheit ist vom Netzbetreiber umgehend an den Netzbenutzer zurückzustellen, wenn die Voraussetzungen für ihre Leistung wegfallen. Bei ordnungsgemäßer Begleichung der Zahlungen über einen Zeitraum von sechs Monaten ist die Sicherheitsleistung jedenfalls zurückzustellen bzw. von einer Vorauszahlung abzusehen, solange nicht erneut ein Zahlungsverzug eintritt. Bei einer Barsicherheit ist diese zum jeweiligen Basiszinssatz der Österreichischen Nationalbank zu verzinsen.
- (3) Der Netzbenutzer ist berechtigt, den Einbau eines Prepaymentzählers anstelle einer Vorauszahlung oder Sicherheitsleistung zu verlangen.

XXIV. Mess- und Berechnungsfehler

- (1) Wird eine fehlerhafte Messung oder eine fehlerhafte Ermittlung des Rechnungsbetrages festgestellt, so muss ein dadurch entstandener Differenzbetrag nach den folgenden Bestimmungen erstattet oder nachgezahlt werden.

-
- (2) Ansprüche auf Erstattung oder Nachzahlung sind auf den Ablese- oder Abrechnungszeitraum beschränkt, der der Feststellung des Fehlers vorangegangen ist. Darüber hinaus sind Ansprüche auf Erstattung oder Nachzahlung nur berechtigt, soweit die Auswirkung des Fehlers mit Gewissheit über einen längeren Zeitraum festgestellt werden kann. Keinesfalls erfolgt eine Berichtigung über drei Jahre hinaus. Ist die Auswirkung des Fehlers nicht einwandfrei festzustellen oder zeigt eine Messeinrichtung nicht an, so ermittelt der Netzbetreiber die Einspeisung oder Entnahme nach Schätzung unter billiger Berücksichtigung der tatsächlichen Verhältnisse und wenn möglich aufgrund der vorjährigen Einspeisung oder der vorjährigen Entnahme.
- (3) Wurde das Ausmaß der Netzdienstleistungen über die gesetzlichen Verkehrsfehlergrenzen hinaus fehlerhaft, nicht vollständig oder überhaupt nicht gemessen und kommt es auch zu keiner einverständlichen Festlegung durch die Vertragsparteien, ermittelt der Netzbetreiber die Netzdienstleistungen nach einem der folgenden Verfahren unter Berücksichtigung der tatsächlichen Verhältnisse:
- (a) Heranziehung der Messwerte einer allenfalls vorhandenen Kontrolleinrichtung;
 - (b) Berechnung der durchschnittlichen Netzdienstleistungen gemäß Ziffer (4);
 - (c) Schätzung aufgrund der in einem vergleichbaren Zeitraum beanspruchten Netzdienstleistungen;
 - (d) Berücksichtigung außergewöhnlicher Umstände in der Sphäre des Netzbenutzers, die zu nicht nur geringfügigen Abweichungen vom bisherigen Nutzungsverhalten führen (z.B. längere Ortsabwesenheit).
- (4) Bei der Berechnung der durchschnittlichen Netzdienstleistungen im Sinne des Ziffer (3) werden die durchschnittlich beanspruchten Netzdienstleistungen vor der letzten fehlerfreien Erfassung, und die durchschnittlich beanspruchten Netzdienstleistungen nach Feststellung des Fehlers zugrunde gelegt.

XXV. Vertragsdauer

- (1) Der Netzzugangsvertrag kann auf bestimmte oder unbestimmte Zeit abgeschlossen werden. Der Netzzugangsvertrag kann eine automatische Vertragsverlängerung vorsehen, sofern ein entsprechender aufrechter Versorgungsvertrag besteht und dieses dem Netzbetreiber in geeigneter Weise nachgewiesen wird. Auf das Erfordernis des Nachweises des aufrechten Lieferverhältnisses, den Umstand der damit verbundenen automatischen Vertragsverlängerung und die damit verbundene folgende Vertragslaufzeit ist im Netzzugangsvertrag gesondert hinzuweisen.

XXVI. Ordentliche Kündigung bei unbefristeten Netzzugangsverträgen

- (1) Der Netzbenutzer kann den Netzzugangsvertrag unter Einhaltung einer Frist von einem Monat zum Ende eines jeden Monats schriftlich kündigen.
- (2) Die Kündigung des erstmalig abgeschlossenen Netzzugangsvertrages für einen Entnahmepunkt ist erstmals nach Ablauf eines Jahres zulässig. Davor ist eine ordentliche Kündigung nur gemäß Ziffer (3) zulässig.

[Es wird den Netzbetreibern empfohlen, eine dahingehende Bestimmung in den Vertrag selbst aufzunehmen.]

- (3) Lässt der Netzbenutzer den Haushalt oder eine Betriebsstätte auf oder wurde der Hausanschluss zehn Jahre durchgehend nicht benutzt, so wird vermutet, dass er den Netzzugangsvertrag nicht mehr aufrechterhalten will, soweit keine gegenteilige schriftliche begründete Erklärung des Netzbenutzers vorliegt. Der Netzbetreiber und der Netzbenutzer können in diesem Fall den Vertrag nach vorheriger Ankündigung kündigen. Der Netzbetreiber ist daraufhin berechtigt, den Hausanschluss auf eigene Kosten abbauen.
- (4) Die zur Absicherung der Investitionen, welche mit der Stattgebung des Antrages auf Kapazitätserweiterung ausgelöst werden, nach den Bestimmungen der Gas-Marktmodell-Verordnung 2012 vereinbarte Zahlung für die (teilweise) Nichtinanspruchnahme der gemäß Kapazitätserweiterungsvertrag beantragten Anschlussleistung ab dem vertraglich vereinbarten Beginn des Netzzuganges im Ausmaß der Nichtinanspruchnahme ist vom Netzbenutzer auch im Falle einer Kündigung zu entrichten.

XXVII. Auflösung aus wichtigem Grund

- (1) Das Recht beider Vertragspartner zur Auflösung des Netzzugangsvertrages aus wichtigem Grund bleibt unberührt.
- (2) Ein wichtiger Grund liegt für den Netzbetreiber insbesondere dann vor, wenn
 - (a) sich der Netzbenutzer – trotz eines durchgeführten Mahnverfahrens nach Punkt XXVIII Ziffer (3) – mit der Erfüllung einer Zahlungsverpflichtung in Verzug befindet;
 - (b) der Netzbenutzer trotz erfolgter Mahnung nach Punkt XXVIII Ziffer (3) die Verletzung wesentlicher anderer Pflichten aus diesem Vertrag nicht beendet;
 - (c) ein Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens mangels kostendeckenden Vermögens abgewiesen wird;

- (3) Der Netzbetreiber hat den Versorger über die Vertragsbeendigung zeitgerecht zu informieren.

XXVIII. Aussetzung der Vertragsabwicklung, Abschaltung

- (1) Jeder Vertragspartner darf seine Verpflichtungen aus dem Netzzugangsvertrag einschließlich der Allgemeinen Verteilernetzbedingungen dann aussetzen und insbesondere die Netzdienstleistungen unterbrechen, wenn der andere Vertragspartner die Bestimmungen des Vertrages verletzt und nicht bloß eine geringfügige und alsbald behebbare Zuwiderhandlung vorliegt.
- (2) Als Zuwiderhandlungen, die eine sofortige Aussetzung der Vertragsabwicklung ohne Einhaltung eines qualifizierten Mahnverfahrens gemäß Ziffer (3) rechtfertigen, gelten:
- (a) Abweichungen des Netzbenutzers von vereinbarten Fahrplänen, soweit hierdurch die Aufgabenerfüllung eines Netzbetreibers oder des Verteilergebietsmanagers wesentlich beeinträchtigt wird;
 - (b) unbefugte Inanspruchnahme von Netzdienstleistungen durch den Netzbenutzer;
 - (c) unzulässige Einwirkungen auf das Netz oder sonstige Einrichtungen eines Vertragspartners (insbesondere Manipulation von Messeinrichtungen);
 - (d) sicherheitstechnische Mängel der Anlagen eines Vertragspartners bei unmittelbar drohender Gefahr.
- (3) Alle übrigen Zuwiderhandlungen wie z.B. Nichterfüllung fälliger Zahlungsverpflichtungen (Zahlungsverzug, Verweigerung einer Vorauszahlung oder Sicherheitsleistung) berechtigen den Netzbetreiber nur dann zur physischen Trennung der Netzverbindung (Abschaltung), wenn dem eine zweimalige Mahnung inklusive jeweils mindestens zweiwöchiger Nachfristsetzung vorangegangen ist. Die zweite Mahnung hat auch eine Information über die Folge einer Abschaltung des Netzzuganges nach Verstreichen der zweiwöchigen Nachfrist sowie über die damit einhergehenden voraussichtlichen Kosten einer allfälligen Abschaltung zu enthalten. Die letzte Mahnung hat mit eingeschriebenem Brief zu erfolgen (qualifiziertes Mahnverfahren). Der Netzbetreiber hat den Versorger zeitgerecht über die Aussetzung zu informieren.
- (4) Der Netzbetreiber ist über Ziffer (2) hinaus berechtigt, seine Verpflichtungen ohne Einhaltung eines qualifizierten Mahnverfahrens gemäß Ziffer (3) auszusetzen oder einzuschränken
- (a) um eine unmittelbare, auch bloß vermutete Gefahr für Personen oder Sachen abzuwenden;
 - (b) bei einer durch höhere Gewalt oder sonstige, nicht in seinem Bereich liegende, Umstände bedingten Verhinderung der Erbringung der Netzdienstleistungen;
 - (c) bei einem drohenden oder bereits eingetretenen Netzzusammenbruch;

- (d) wenn dies durch die Befolgung behördlicher Anordnungen, Auflagen usw. erforderlich ist;
 - (e) bei Durchführung betriebsnotwendiger Arbeiten;
 - (f) auf Anweisung des Verteilergebietsmanagers;
 - (g) auf Anweisung des Bilanzgruppenverantwortlichen bei Beendigung der unmittelbaren Mitgliedschaft zu einer Bilanzgruppe ohne gleichzeitige Bekanntgabe der Mitgliedschaft zu einer neuen Bilanzgruppe oder bei Unterlassen der Meldung der Nichtzugehörigkeit zu einer Bilanzgruppe;
 - (h) bei Beendigung des Energieliefervertrages oder Aussetzung der Belieferung mit Erdgas nach Anweisung des Versorgers. Der Netzbetreiber hat den Netzbenutzer über die Konsequenzen eines fehlenden Energieliefervertrages und die Kosten einer Abschaltung bis spätestens drei Arbeitstage vor der Abschaltung zu informieren. Eine rechtzeitige Vorlage eines neuen Energieliefervertrages verhindert die Abschaltung.
- (5) Jeder Vertragspartner hat sobald wie möglich, außer im Fall der Ziffer (4) lit. (h) und unbeschadet der Bestimmungen in der Verordnung gemäß § 123 GWG 2011 (vgl. Punkt XIV), spätestens aber 24 Stunden vor der Aussetzung seiner Verpflichtungen den anderen Vertragspartner hiervon zu verständigen. Betrifft die Aussetzung einen größeren Kreis von Netzbenutzern, gibt der Netzbetreiber die Aussetzung in ortsüblicher oder vertraglich festgesetzter Weise bekannt. Die Verpflichtung zur fristgerechten Verständigung entfällt, wenn sie nach den Umständen nicht oder nicht rechtzeitig möglich sind.
- (6) In jedem Fall darf die Aussetzung oder die physische Trennung nur solange dauern, bis die sie begründenden Ursachen zu bestehen aufgehört haben oder beseitigt worden sind, spätestens jedoch bis zum darauf folgenden Arbeitstag. Die Kosten des Netzbetreibers für die Aussetzung, physische Trennung und Wiedereinschaltung der Anlage treffen – soweit ein Verursacher nicht festgestellt werden kann – den Netzbenutzer. Der Netzbenutzer hat keinen Ersatzanspruch für allfällige im Zusammenhang mit der rechtmäßigen Aussetzung, physischen Trennung und Wiedereinschaltung der Anlage entstandene Kosten.
- (7) Beruft sich ein Netzbenutzer gegenüber einem Versorger auf das Recht auf Versorgung in letzter Instanz gemäß § 124 GWG 2011, ist der Netzbetreiber zur Netzdienstleistung, unbeschadet allfälliger bis zu dieser Berufung ausständiger Zahlungen, verpflichtet. Der Netzbetreiber kann jedoch die Bereitstellung der Netzdienstleistung von einer Vorauszahlung oder Sicherheitsleistung in Höhe von einer Teilbetragszahlung für einen Monat abhängig machen. Beruft sich ein Netzbenutzer auf das Recht auf Versorgung in letzter Instanz und wird erneut mit Zahlungen säumig, ist der Netzbetreiber bis zur Bezahlung dieser ausstehenden Beträge zur Abschaltung berechtigt. Ziffer (3) gilt sinngemäß. Keine Verpflichtung zur Netzdienstleistung besteht, wenn aus den im Gesetz genannten Gründen der Netzzugang durch den Netzbetreiber ganz oder teilweise verweigert wird.
- (8) Beruft sich ein Netzbenutzer auf das Recht auf Versorgung in letzter Instanz gemäß § 124 GWG 2011, ist sinngemäß das Verfahren einer Neuanmeldung im Sinne der

Verordnung gemäß § 123 GWG 2011 heranzuziehen, wobei sich die für den Netzbetreiber gemäß dieser Verordnung geltende Frist für die Bereitstellung der Netzdienstleistung von fünf Tagen auf einen Tag verkürzt.

- (9) Der Netzbetreiber ist verpflichtet, dem Netzbenutzer die Wiederherstellung des Netzzugangs nach Abschaltung in Folge von Zahlungsverzug innerhalb eines Arbeitstages nach nachgewiesener Einzahlung der offenen Forderung sowie einer allfälligen Sicherheitsleistung unter Beachtung des Punkt XXIII sowie unter der Voraussetzung eines aufrechten Erdgasliefervertrags anzubieten und durchzuführen.
- (10) Dem Netzbenutzer ist die Möglichkeit zur Barzahlung offener Forderung sowie einer allfälligen Sicherheitsleistung zumindest innerhalb der allgemeinen Geschäftszeiten einzuräumen.

XXIX. Änderung der Verhältnisse und der Allgemeinen Verteilernetzbedingungen

- (1) Sollte infolge künftiger erlassener Gesetze, Verordnungen oder behördlicher Entscheidungen die Netznutzung unmittelbar oder mittelbar verteuert oder verbilligt werden, so erhöhen bzw. ermäßigen sich die Preise ab dem Zeitpunkt, in dem die genannten Umstände wirksam werden, auf die sich danach ergebende Höhe. Durch Verordnung festgesetzte Fixpreise gelten daher unmittelbar für dieses Vertragsverhältnis.
- (2) Werden gegenüber dem Zeitpunkt des Abschlusses des Netzzugangsvertrages geänderte Allgemeine Verteilernetzbedingungen genehmigt, hat der Netzbetreiber dies binnen vier Wochen nach der Genehmigung den Netzbenutzern in einem persönlich an sie gerichteten Schreiben bekannt zu geben und ihnen diese auf deren Wunsch zuzusenden. In diesem Schreiben oder auf der Rechnung sind die Änderungen der Allgemeinen Bedingungen und die Kriterien, die bei der Änderung nach diesem Bundesgesetz einzuhalten sind, nachvollziehbar wiederzugeben. Änderungen der Allgemeinen Verteilernetzbedingungen gelten ab dem nach Ablauf von drei Monaten ab der Mitteilung folgenden Monatsersten als vereinbart.

XXX. Teilunwirksamkeit, Höhere Gewalt

- (1) Sollten einzelne Bestimmungen des Netzzugangsvertrages einschließlich der vorliegenden Allgemeinen Verteilernetzbedingungen unwirksam sein oder werden, so wird die Wirksamkeit des Vertrages im Übrigen davon nicht berührt.
- (2) Wenn durch Einwirkungen höherer Gewalt oder aus der Erfüllung gesetzlicher Vorgaben im Rahmen einer Krisenversorgung vertragliche Verpflichtungen nicht,

nicht rechtzeitig oder nicht ordnungsgemäß erfüllt werden können, so ruhen die diesbezüglichen Vertragspflichten, bis die Hindernisse und deren Folgen beseitigt werden. Als höhere Gewalt gilt jedes Ereignis, das einen/die Vertragspartner hindert, seine Verpflichtungen zu erfüllen und welches auch durch die zu erwartende Sorgfalt nicht vorauszusehen war und nicht verhindert werden konnte. Dies gilt insbesondere für Krieg, Unruhen, Streik oder Aussperrungen, Naturkatastrophen oder Feuer, Epidemien, Maßnahmen der Regierung oder ähnliche Umstände.

XXXI. Rechtsnachfolge

- (1) Will ein Dritter in die Rechte und Pflichten des Netzzugangsvertrages eintreten, ist hierfür die Zustimmung des Netzbetreibers erforderlich. Die Zustimmung darf nur aus wichtigem Grund verweigert werden. Die Verweigerung ist schriftlich zu begründen. Erfolgt der Vertragseintritt während eines Abrechnungszeitraumes, so kann der bisherige oder der neue Netzbenutzer eine Ablesung des Verbrauchs zum Wechselstichtag durch den Netzbetreiber verlangen. Der Netzbetreiber ist verpflichtet, diese Ablesung vorzunehmen. Der Netzbetreiber kann dafür ein Entgelt gemäß Gas-Systemnutzungsentgelte-Verordnung in Rechnung stellen. Die Ermittlung des Verbrauchs durch Ablesung kann durch eine gemeinsam bestätigte Selbstablesung beider Netzbenutzer ersetzt werden. Erfolgt der Vertragseintritt während eines Abrechnungszeitraumes, ohne dass eine (End-)Abrechnung verlangt worden ist, so haften der bisherige und der neue Netzbenutzer zur ungeteilten Hand für die Verbindlichkeiten aus dem laufenden Abrechnungszeitraum. Der Netzbetreiber hat den neuen Netzbenutzer auf diesen Umstand anlässlich des Vertragsüberganges hinzuweisen.
- (2) Beide Vertragspartner verpflichten sich – unter der Voraussetzung der Zustimmung durch den Netzbetreiber gemäß Ziffer (1) –, alle aus dem Netzzugangsvertrag entstandenen Rechte und Pflichten verbindlich auf ihre etwaigen Rechtsnachfolger zu übertragen, soweit die Voraussetzungen für den Netzzugang erfüllt sind. Der übertragende Vertragspartner wird, unbeschadet seines Rechtes auf Kündigung, von den durch diesen Vertrag übernommenen Pflichten erst frei, wenn der Nachfolger in die Verpflichtungen dem anderen Vertragspartner gegenüber rechtsverbindlich eingetreten ist.

XXXII. Haftung, Schad- und Klagloshaltung

- (1) Jeder Vertragspartner haftet dem anderen nach den allgemeinen schadensrechtlichen Vorschriften. Soweit es danach für die Haftung auf Verschulden ankommt, wird mit Ausnahme von Personenschäden und Ansprüchen nach den §§ 48-50 GWG 2011 nur bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit gehaftet.

- (2) Gestattet der Netzbetreiber dem Netzbenutzer ausdrücklich, dass auch Dritte die vertraglichen Netzdienstleistungen in Anspruch nehmen, so haftet der Netzbetreiber dem Dritten gegenüber im gleichen Umfang wie dem vertraglichen Netzbenutzer.
- (3) Durch Vornahme oder Unterlassung der Prüfung der Anlage des Netzbenutzers sowie durch die Freigabe der Erdgaszufuhr übernimmt der Netzbetreiber keine Haftung für die Mängelfreiheit der Anlage.
- (4) Ein Einspeiser haftet auch unabhängig von einem Verschulden für den Schaden, der dem Netzbetreiber oder Dritten (z.B. anderen Netzbenutzern) durch nicht spezifikationsgerechtes Erdgas oder nicht spezifikationsgerechtes biogenes Gas entsteht und hält diesbezüglich den Netzbetreiber schad- und klaglos.
- (5) Nimmt der Netzbenutzer bei einschränkbareren Netzzugangsverträgen die Einschränkung der Netznutzung nach einer rechtzeitigen Aufforderung des Netzbetreibers nicht oder nicht im aufgeforderten Ausmaß vor, haftet der Netzbenutzer für alle Schäden, die dem Netzbetreiber oder einem Dritten (insbesondere anderen Netzbenutzern, Verteilergebietsmanagern, Bilanzgruppenverantwortlichen oder Ausgleichsenergieanbietern) durch dieses vereinbarungswidrige Verhalten entstehen und hält diesbezüglich den Netzbetreiber schad- und klaglos.
- (6) Ist der Netzbenutzer Verbraucher iSd KSchG, ist der Netzbetreiber berechtigt, vom Netzbenutzer die Beibringung einer Haftungsübernahme im Sinne des Ziffer (4) durch dessen Versorger zu verlangen.
- (7) Der Netzbenutzer haftet für das Abhandenkommen und die Beschädigung von Messeinrichtungen des Netzbetreibers, soweit ihn hieran ein Verschulden trifft. Der Netzbenutzer hat auch für das Verschulden seiner Mitbewohner oder Beschäftigten einzustehen.
- (8) Bei Verschulden eines Vertragspartners am Eintritt des wichtigen Grundes einer Kündigung behält sich der andere Vertragspartner vor, Schadenersatz wegen Nichterfüllung geltend zu machen.

XXXIII. Vertragsstrafe

- (1) Der Netzbetreiber kann eine Vertragsstrafe verlangen, wenn der Netzbenutzer unbefugt das Netz benützt. Eine unbefugte Inanspruchnahme von Netzdienstleistungen liegt vor,
 - (a) wenn Mess-, Steuer- und Datenübertragungseinrichtungen umgangen oder beeinflusst werden;
 - (b) wenn die Netzdienstleistung vor der Anbringung der Mess-, Steuer- und Datenübertragungseinrichtungen in Anspruch genommen wird; oder

- (c) wenn die Inanspruchnahme von Netzdienstleistungen nach der Einstellung der Netzdienstleistung oder Vertragsauflösung gemäß Punkt XXVII erfolgt und die Anlage vom Netzbetreiber stillgelegt wurde.
- (2) Die Vertragsstrafe wird so bemessen, dass die Netznutzungsentgelte mit einem Zuschlag von 25 Prozent verrechnet werden. Dabei werden für die Dauer der unbefugten Inanspruchnahme von Netzdienstleistungen die Verbrauchsdaten für vergangene Abrechnungsperioden herangezogen. Liegen diese Daten nicht vor, ist vom Verbrauch vergleichbarer Anlagen auszugehen.
- (3) Die Vertragsstrafe kann für ein Jahr berechnet werden, wenn die Dauer der unbefugten Inanspruchnahme von Netzdienstleistungen nicht mit ausreichender Genauigkeit festgestellt werden kann.

XXXIV. Gerichtsstand

- (1) Soweit für die aus diesem Vertrag entspringenden Streitigkeiten die Gerichte zuständig sind, entscheidet das am Sitz des Netzbetreibers sachlich zuständige Gericht, soweit die Streitigkeit nicht im Verhandlungswege oder durch ein vereinbartes Schiedsgericht bereinigt wird.
- (2) Die Bestimmung der Ziffer (1) bezieht sich nicht auf Verbraucher im Sinne des Konsumentenschutzgesetzes, die zur Zeit der Klageerhebung im Inland einen Wohnsitz, den gewöhnlichen Aufenthalt oder den Ort der Beschäftigung haben. Der Gerichtsstand für diese Verbraucher bestimmt sich nach § 14 KSchG.
- (3) Unbeschadet der Zuständigkeit der Regulierungskommission gemäß § 12 Abs. 1 E-ControlG und der ordentlichen Gerichte kann sowohl der Netzbetreiber als auch der Netzbenutzer Streit- oder Beschwerdefälle, wie z.B. Streitigkeiten aus der Abrechnung von Systemnutzungsentgelten, der Regulierungsbehörde vorlegen. Die Schlichtung von Streitigkeiten durch die Regulierungsbehörde richtet sich nach den Bestimmungen des § 26 E-ControlG.
- (4) Der Netzbenutzer kann eine Klage wegen Streitigkeiten über die aus dem Verhältnis zwischen Netzbenutzer und Netzbetreiber entspringenden Verpflichtungen, insbesondere die anzuwendenden Bedingungen und Systemnutzungsentgelte, erst nach Zustellung des Bescheides der Regulierungsbehörde im Streitschlichtungsverfahren innerhalb der in § 12 Abs. 4 E-ControlG vorgesehenen Frist (vier Wochen) eingebracht werden. Falls ein solches Verfahren bei der Regulierungsbehörde anhängig ist, kann bis zu dessen Abschluss in gleicher Sache kein Gerichtsverfahren anhängig gemacht werden.

XXXV. Sonstige Bestimmungen

- (1) Der Netzzugangsvertrag sowie allfällige Änderungen oder Ergänzungen hierzu bedürfen der Schriftform. Auf die Schriftform kann nur schriftlich verzichtet werden. Dasselbe gilt für alle Anträge und Erklärungen, für welche in diesen Bedingungen Schriftform vorgesehen ist.
- (2) Für die Erstellung, Änderung oder Ergänzung des Vertrages sollen die vom Netzbetreiber zur Verfügung gestellten Formulare verwendet werden. Hinsichtlich Erklärungen des Netzbenutzers, die mit Telefax oder in jeder anderen technisch möglichen Weise erfolgen, kann der Netzbetreiber nachträglich eine rechtlich verbindliche Erklärung verlangen. Für schriftliche Erklärungen des Netzbetreibers kann die Unterschrift entfallen, wenn sie mit Einrichtungen der Datenverarbeitung ausgefertigt wird.
- (3) Ist der Netzbenutzer ein Verbraucher im Sinne des KSchG, sind auch mündliche, für den Verbraucher nicht nachteilige, Erklärungen des Netzbetreibers oder seines Vertreters wirksam.

Anhang 1

Begriffsbestimmungen

(einzufügen ist das Kap. 1 der Sonstigen Marktregeln)

Anhang 2

Technische Mindestanforderungen für Anschlussleitungen

(unternehmensspezifisch)